6. Jahrgang — Nr. 39

Mittwoch, 15. Februar 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr 5802, Eisleben 302 Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisleben Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandte Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit sowohl telephonisch wie auch schriftlich von der Redaktion entgegengenommen. Sendungen an die Redaktion bitten wir unter Bezeichnung „Eiliges Zeitungsmaterial" sowie nicht an einzelne Redakteure, sondern an die Schriftleitung zu richten.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 9,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungskosten; wöchentlich 2,75 Mk., oder im Quartal 33 — Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abholer an den Ausgabestellen mit Abbuchungsgebühr 16,— Mk monatlich. Einzelnummer 50 Pfg. Anzeigenpreise: im Kolpaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,— Mk., im 3 gespaltenen Teil 5,— Mk einschließlich der Anzeigensteuer. Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Rabattsätze den laut Tarif je nach Umfang des Auftrages gewährt. Platzvorschriften finden nach Möglichkeit weitgehendste Berücksichtigung.

Verschärfte Lage.

Demokratischer Versuch, die große Koalition herzustellen. — Die Antwort der Sozialdemokratie. Intriguen im Regierungslager. — Ungewisse Haltung der U. S. P.

Hermes will Kanzler werden?

Der Ernst der augenblicklichen Situation geht aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Fraktionen des Reichstages noch in den gestrigen Abendstunden nach der Plenarsitzung zu Besprechungen zusammentraten. Im Laufe des Tages waren zwischen den Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei sowie zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler Besprechungen geführt worden. Statt einer Klärung der Situation ergab die interfraktionelle Besprechung eine Verschärfung der Lage: Die Demokraten hielten unbegreiflicherweise den Tag für gekommen, um die Sozialdemokratie in die große Koalition hineinzutreiben, und auch die Vertreter der Volkspartei glaubten jetzt das erreichen zu können, was sie schon lange ersehnen, um ihren Einfluß geltend zu machen. Es mag sein, daß die Demokraten mit ihrer Taktik nicht die Absicht hatten, Schwierigkeiten hervorzurufen, zumal sie trotzdem am Mittwoch für das Vertrauensvotum zu stimmen gedenken. Sicher aber ist, daß der gänzlich unpolitische Vorstoß der Demokraten eine Situation geschaffen hat, für die ein Ausweg auch im Laufe des Dienstagabend nicht gefunden wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich eingehend mit dem Ansinnen der Demokraten. Es ist kein Geheimnis mehr, daß innerhalb unserer Reichstagsfraktion keine Neigung zur Verwirklichung der großen Koalition besteht. Wenn schon bisher die Sehnsucht, mit der Volkspartei zusammenzugehen, nicht bestand, so hätten sich auch die Demokraten darüber klar sein sollen, daß der gegenwärtige Augenblick, indem die Volkspartei durch ihr Mißtrauensvotum gerade nicht dazu angetan ist, eine nicht vorhandene Sehnsucht herbeizuführen. Bevor sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion überhaupt mit der Frage der großen Koalition beschäftigen kann, muß vor allem erst Klarheit darüber geschaffen werden, was die Volkspartei unter den sogenannten sachlichen und persönlichen Sicherheiten versteht. Das eine kann schon heute gesagt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, ihren Einfluß, den sie besitzt, weitgehend einschränken zu lassen.

Nach eingehender Debatte, die volle Einmütigkeit zeigte, wurde in der gestrigen Sitzung der Reichstagsfraktion insofern folgender Beschluß gefaßt, der die, von den Demokraten bei Abschluß der interfraktionellen Verhandlungen am gestrigen Vormittag gestellten Fragen klar beantwortet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt:

1. sie wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichskanzler angenommene Erklärung abgeben.
2. sie ist nicht in der Lage, zu dem Zweck, das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendwelche Zusagen bezüglich ihrer Beteiligung an einer sog. großen Koalition zu machen."

Diese Erklärung besagt deutlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keine Neigung besitzt, die Absicht der Volkspartei, bei Verwirklichung der großen Koalition das Mißtrauensvotum zurückzunehmen, zu akzeptieren.

Die Entscheidung der Unabhängigen, die am gestrigen Abends bis in die Nacht hinein tagten, gewinnt in dieser Situation besondere Bedeutung. Noch ist nicht gewiß, ob die Unabhängigen bereit sind, dazu beizutragen, daß das Kabinett der Erfüllung, das bekanntlich nach eigener Auslegung der unabhängigen Presse, unabhängige Politik treibt, erhalten bleibt.

Bemerkenswert ist, daß ein rechter Flügel der Zentrumsfraktion unter Führung von Hermes gegen Wirth eifrig intrigiert. Hermes scheint das Bedürfnis zu haben, mit Hilfe der Rechtsparteien Reichskanzler zu werden. Auch gegen den Minister Gesserts und den Reichsverkehrsminister Groener wird eifrig von der Rechten intrigiert.

*

Bei Schluß der Redaktion fand noch eine interfraktionelle Besprechung statt, über deren Ergebnis in Berlin noch nichts bekannt war.

Die Lage im Spiegel bürgerlicher Betrachtung.

Ersetzung des ursprünglichen Antrages der Regierungsparteien durch einen neuen? — Der Reichskanzler wird sprechen.

Berlin, 15. Febr. Wolffs Telegraphisches Büro faßt das Ergebnis der gestrigen Reichstagsfraktionssitzungen dahin zusammen, daß die Bemühungen um die Herstellungen der großen Koalition für einen Augenblick gescheitert sind. Der Zeit zufolge kam die Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei nach kurzer Beratung dahin zu dem Ergebnis, daß vorläufig für die deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in der interfraktionellen Besprechung aufgeworfen worden sind. (Eintritt der deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition). Sie war der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein werde, sich über die Frage der großen Koalition zu entscheiden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichskanzler angenommene Erklärung abgeben. 2. Sie ist nicht in der Lage, zu dem Zweck das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgend welche Zusagen bezüglich ihrer Beteiligung in einer sogenannten großen Koalition zu machen. Der „Freiheit" zufolge hat die Fraktion der USP. beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen. „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung." Sollte dem Reichstag von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werden, **dann wird die Fraktion der USP. erneut Stellung nehmen und es wird dabei für die Entscheidung der Fraktion von Bedeutung sein, ob Garantien und Sicherungen gegen Maßregelungen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden.** Um den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen, wird den Blättern zufolge innerhalb der Regierungsparteien erwogen, den Vertrauensantrag so zu ändern, daß er sich nicht lediglich auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik bezieht, sondern auf die **gesamte insbesondere auf die äußere Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird.**

*

Laut „Voss. Ztg." wird man sich in der heutigen Reichstagssitzung nicht lediglich auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichskanzler wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll den Regierungsparteien die Möglichkeit geben, ihren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen und ihn durch einen neuen zu ersetzen.

187 Milliarden Aufwendungen aus dem Friedensvertrag für 1922.

Der Wahnsinn des Rachegedankens in der Kriegsentschädigungsfrage.

Berlin, 15. Februar. In dem dritten Band des Reichshaushaltsplanes, der dem Reichstage soeben zugegangen ist, befindet sich als gewichtigster Abschnitt der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahres 1922. Die gesamten Aufwendungen aus dem Friedensvertrag werden mit 187½ Milliarden Mark eingesetzt. Diese Summe verteilt sich wie folgt: a) allgemeine Reparationsausgaben 135 Milliarden; b) Besatzungskosten 6 267 406 000; c) Ausgaben für interalliierten Kommissionen 1 815 565 000; d) Leistungen aus dem Friedenvertrag außerhalb der Reparation 20 723 700 000; e) Aufwendungen für das Ausgleichsverfahren 18 Milliarden Mark; f) innere Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages 5 695 025 976 Mark. — Die interalliierte Rheinlandskommission in Coblenz allein erfordert 295 Millionen Mark.

Amnestie-Vorlage Radbruchs für alle politischen Vergehen.

Berlin, 15. Febr. **Bei der Beratung seines Haushaltes im Hauptausschuß des Reichstags teilte Reichsjustizminister Radbruch mit, daß er eine Amnestievorlage für alle politischen Vergehen mit wenigen Ausnahmen beabsichtige, und zwar sollen die Vergehen in Betracht kommen, die nach dem 4. August 1920 begangen worden sind. Das Kabinett hat noch keine Stellung dazu genommen.**

*

Wir begrüßen die Absicht des Genossen Radbruchs auf das Lebhafteste. Hoffentlich macht ein etwaiger Sturz des Kabinetts Wirth keinen Strich durch die Rechnung. Die Opfer des kommunistischen Märzputsches wären zum zweiten Mal die Leidtragenden. Und wieder müßten sie sich bei den „Radikalen" links und rechts bedanken.

Demoralisierender Einfluß des Judentums auf die Stellung der germanischen Frau?

Von Anna Blos, Stuttgart.

Seit einiger Zeit bemühen sich verschiedene bürgerliche Frauen darzutun, daß die germanische Frau ursprünglich eine hohe Wertschätzung genoß und daß erst das Judentum sie in ihre unterdrückte und mißachtete Stellung brachte. Besonders Frau Voß-Zietz vertritt diese Behauptung. Sie ist die Vorsitzende der Berufsorganisation Deutscher Hausfrauenvereine, der viele Israelitinnen angehören. Bisher blieb ihre Behauptung aber unwidersprochen. Auch die sonst sehr hochzuschätzende Frau Dr. W. von Kemnitz spricht von den orientalisierten Germanen, die nicht fähig sind zu der echtgermanischen kameradschaftlichen Gleichstellung des weiblichen Geschlechts.

Wie steht es nun in Wahrheit damit aus? Die Griechen unterschieden dreierlei Frauen. Demosthenes prägistert sie folgendermaßen: „Wir heiraten das Weib, um ehrliche Kinder zu erhalten und im Hause eine treue Wächterin zu besitzen; wir halten Beischläferinnen zu unserer Bedienung und täglichen Pflege, die Hetären zum Genuß der Liebe." Die Hetären, meist hochgebildete Frauen, hatten eine bevorzugte Stellung mit viel Freiheit.

Bei den Römern nahm die „Matrone", d. h. die Ehefrau ursprünglich eine hochgeachtete Stellung ein. Sie stand der inneren Wirtschaft und der Erziehung der Kinder vor. Infolge der höheren Achtung, die sie genoß, besaß die Römerin noch größere Freiheiten. Mit dem Verfall der Sitten entarteten auch die römischen Frauen und verloren damit die ihnen ursprünglich gezollte Hochachtung.

Im alten Testament wird die Frau zugleich mit dem Gesinde und den Haustieren genannt. Es heißt dort im neunten Gebot, daß der Mann sich nicht nach des nächsten Weib, noch seines Knechts, noch seiner Magd, noch seines Ochsen, noch seines Esels, noch alles was der nächste habe, gelüsten lassen solle. Die Frau ist also Objekt, ein Stück Eigentum, nach dem der Mann, wenn es in fremdem Besitz ist, kein Verlangen haben soll. Indessen finden wir im alten Testament eine Reihe von Namen bedeutender Frauen, so die Richterin Deborah, deren Taten genau so wie die der Richter gerühmt werden. Dann Esther, Judith, die für die Freiheit ihres Volkes eintreten, Miriam, die sich für ihr Volk opfert, Ruth, die Aehrenlesserin, deren Fleiß und Schönheit gerühmt werden u. a. Auch Maria und Martha, bei denen Christus als Gast einkehrte und deren Frauentugenden so sehr gerühmt werden, waren Jüdinnen.

Unser Urteil über die Stellung der germanischen Frauen ist sehr durch Tacitus beeinflußt, der sie besonders rühmte, um sie den sittenlosen Römerinnen als Vorbild hinzustellen. In Wahrheit war die Germanin keineswegs der Typus der glücklichen, freien, gleichberechtigten Frau. Von der „echt kameradschaftlichen Gleichstellung" des weiblichen Geschlechts kann keine Rede sein. Die Germanin war des Mannes willenloses Eigentum; alle Arbeit, auch die des Feldes, lag allein in ihren Händen, während der Mann nach Jagd und Krieg auf der Bärenhaut lag. Sie mußte den Pflug führen und auf schweren Handmühlen das Getreide mahlen. Sie mußte die Hütte aufrichten, backen, Meth brauen, spinnen, weben. Sie blieb auch dann noch überlastet, als nach den großen Wanderungen auch die Männer Ackerbauer geworden waren. Zu ihren vielen häuslichen und außerhäuslichen Arbeiten gehörte auch „die aufmerksame Bedienung des Mannes". Gesetzliche Rechte besaß auch die Germanin nicht. Das Christentum brachte zunächst keine Verschlechterung, aber auch keine Verbesserung in der Lage der Frau. Zwar erklärten die Apostel, daß es vor Gott weder Mann noch Weib gebe. Aber alle Einzelvorschriften, die sich auf das Weib beziehen, erheben sich nicht über die religiösen und weltlichen Gesetze der morgen- und abendländischen Völker. Das Weib muß dem Manne untertan, schweigsam und häuslich sein, es darf weder lernen noch lehren und soll selig werden durch Kinderzeugen. Das bedeutet keinen Fortschritt in bezug auf die Auffassung von der Stellung des weiblichen Geschlechts, aber es bedeutet ebenso wenig eine verschärfte Knechtung.

Im kanonischen Recht verfügten dann aber später die Kirchenväter: „Die Frau ist nicht nach dem Bilde Gottes geschaffen. Adam ist durch Eva verführt worden und nicht Eva durch Adam. Es ist daher recht, daß der Mann des Herr der Frau sei, die ihn zur Sünde reizte, auf das er nicht wieder falle. Das Gesetz befiehlt, daß die Frau dem Manne unterworfen und beinahe seine Dienerin sei."

Dr. v. Kemnitz meint nun, die sexuelle Abhängigkeit vom Weibe, die bei den orientalischen Völkern so stark sei, habe bei ihnen zu dem Streben geführt, die Frauen unterzuordnen. Bei den Germanen fehle die sexuelle Abhängigkeit, daher hätte bei ihnen die Frau die geistige Hochwertung und Gleichstellung genossen. Wie es in Wahrheit damit aussah, ist schon erwähnt. Einzelne hochstehende Frauen waren auch bei anderen Völkern den Männern gleichgestellt. Die große Schar von Frauen aber war bei allen Völkern unterdrückt.

Der Widerstand gegen die sexuelle Abhängigkeit hängt auch keineswegs mit orientalischer Abstammung zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0001

Trotz der Madonnenverehrung finden wir schon im frühen Christentum die Kreuzigung des Fleisches, also die Flucht vor dem Weibe gepriesen. Man ging so weit, daß in 51 Thesen in Wittenberg nach dem Beispiel der Lutherschen Thesen die Frage ernstlich erörtert wurde, ob die Frauen den Menschen zuzuzählen wären, nachdem auf dem Konzil zu Macon bestritten worden war, daß die Frauen eine Seele hätten. Das ganze Mittelalter ist reich an Schmähschriften gegen das Weib. Auch die furchtbaren Hexenverfolgungen und Prozesse haben nirgend einen so fruchtbaren Boden wie in Deutschland. Es heißt ausdrücklich, daß neben den Juden niemand so verfolgt werde wie die Frauen und zwar im Namen des Christentums. Nach den Behauptungen von Frau Bäz-Zietz und Dr. v. Kemnitz müßte demnach das Christentum eine orientalische Religion sein, unter deren Einfluß die germanischen Frauen ihre ursprünglich hochgeachtete Stellung verloren hätten!

Dr. v. Kemnitz meint daß der Germane, da er von Geburt nicht in starker sexueller Abhängigkeit vom Weibe ist, in seinem Privatleben sehr oft die aus fremden Völkern stammende, durch das Gesetz sanktionierte Unterordnung des Weibes in seinem Privatleben nicht anwendet. „Besonders die geistig Hochstehenden begrüßen den Stolz im Weibe und suchen ihn zu beleben, sie begrüßen das geistige Aufstreben und das Wirken für die Befreiung des Geschlechts und sie hüten sich vor raschem Aburteilen über die so erschwerten Versuche selbständiger Geistesarbeit des Weibes." Merkwürdig, daß man von diesen geistig hochstehenden Germanen vor der Revolution so wenig gemerkt hat. Sie sind doch wohl besonders in den Reihen derjenigen zu finden, die sich deutsch-national nennen. Wenigstens betonen diese doch immer, daß sie die germanische Abstammung in Erbpacht haben und allen orientalischen Einschlag wie die Sünde meiden. Unser Bücherwurm z. B. ist doch auch zum großen Teil ohne orientalische „Durchseuchung". Aber gerade in diesen Kreisen hat man von der großen Wertschätzung der Frauen bisher wenig gemerkt, geschweige, daß sie dort wohl am allerwenigsten eine Unterstützung ihres geistigen Aufstrebens und ein Wirken für die Befreiung ihres Geschlechts zu verspüren hatten.

Die meisten Männer, meint Dr. v. Kemnitz, haben den Germanen in diesem Punkte verleugnen gelernt. Ihnen erscheint die asiatische Unterordnung des Weibes notwendig. „Den orientalisierten Germanen ist die Fähigkeit zur echt germanischen kameradschaftlichen Gleichstellung des weiblichen Geschlechts verloren gegangen."

Demnach wäre also der Sozialismus der sich so eifrig für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzte, von echt germanischem Geist erfüllt. Und die Revolution, die den Frauen die politische Gleichberechtigung brachte und die ihnen dadurch die Wege zur wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Gleichwertung öffnete, wäre die Erfüllung dessen, was nur die „echten Germanen" bisher vertreten! Diese Feststellung ist doppelt interessant, da ja gerade von den sogenannten „echten Germanen" diese Tatsache bestritten wird.

Das Reichsmietengesetz.

Reichstag.

Kleine Anfragen. — Der Landentlahme Hermes. — Die Sozialdemokratie gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen. — Die Angst vor der Sozialisierung. — Das schöne Geständnis eines Zentrumsmannes.

SPD. **Berlin**, 15. Februar.

Der Beginn jeder Dienstagsitzung des Reichstages ist der Beantwortung kleiner Anfragen vorbehalten. Auch diesmal befanden sich unter den Anfragen nur wenige, die allgemeine Beachtung verdienen. Mit welcher Leichtfertigkeit Abgeordnete der Rechtsopposition Anfragen einbringen, von denen bekanntlich jede allein 1000 Mark Druckkosten verursacht, bewies wieder einmal der deutschnationale Abgeordnete Straimann, der eine geradezu kindische Anfrage über Tarifhüchlein und Briefmarkenbildchen in der Sitzung zurückzog, weil es ihm ferngelegen habe, den Reichspostminister sticheln zu wollen. — Eine ungenügende Beantwortung erhielt eine Anfrage, die noch von der verstorbenen Frau Abgeordneten Zietz eingereicht ist und wissen will, was die Reichsregierung tun wolle, um eine Pension an den Hochverräter v. Lüttwitz zu verhindern, um die sich dieser eifrig bemüht. Es wird notwendig sein, daß eine neue Anfrage in diese dunkle Angelegenheit hineinleuchtet. — Die Genossin Bohm-Schuch wollte durch eine Anfrage den Reichsernährungsminister

zu einer besseren Bewirtschaftung der Kartoffeln

antreiben. Insbesondere wollte sie anhalten, sich um die Erfüllung der Lieferungsverträge auf Kartoffeln zu kümmern, und sie wollte festgestellt wissen, welche Mengen in den einzelnen Bezirken zur Versorgung der Bevölkerung kämen. Die Antwort war ebenso lang wie nichtssagend. Das Reich habe keine gesetzliche Handhabe, um die Erfüllung der Lieferungsverträge zu erzwingen. Das könne nur durch Zivilklage geschehen. Im übrigen war die Antwort das Eingeständnis der vollkommenen Untätigkeit und Machtlosigkeit der Reichsregierung in der Kartoffelwirtschaft. Das sind eben die Segnungen der freien Wirtschaft, nach der leider auch viele Verbraucher leichtfertig gerufen haben.

Es folgte dann die zweite

Beratung des Reichsmietengesetzes,

ein Gesetz, das tief in das Verhältnis zwischen Hausbesitzern und Mietern einzugreifen bestimmt ist. Es will den Mietpreis und die verschiedenen Zuschläge zur Miete für kleinere und größere Reparaturen und für die Verwaltungskosten des Hauses regeln. Das Gesetz wird umstritten wie jeden eine Vorlage. Seit Monaten werden die Abgeordneten mit schriftlichen und telegraphischen Eingaben sowohl der Mieter wie der Hausbesitzer bestürmt. Es ist unmöglich, im Rahmen eines gedrängten Parlamentsberichtes auf Einzelbestimmungen des Gesetzes näher einzugehen. Wir werden dies in einem späteren Aufsatze nachholen. Einstweilen ist noch ungewiß, welch endgültige Gestaltung das Gesetz in der zweiten und in der dritten Lesung erlangen wird. — Unser

Genosse Silberschmidt

wies in der Generaldebatte nach, daß das Gesetz bei weitem unseren Ansprüchen nicht genügt. Von einer Sozialisierung durch das Gesetz könne gar keine Rede sein. Das

Kontrollrecht der Mieter

sei nach den Kommissionsbeschlüssen sehr gering. Wir müßten erwarten, daß die Landesbehörden nach Verabschiedung des Gesetzes anordnen, daß der Vermieter den Mietern eine Abrechnung über die für Reparaturen aufgebrachten Gelder zu geben hat. Silberschmidt erinnerte die Deutsche Volkspartei, die jetzt mit den Deutschnationalen gegen das Gesetz Sturm läuft, daran, daß der Entwurf noch aus der Zeit des Reichskabinetts mit Fachministern stammt, in dem auch die Volkspartei vertreten war. Was bei einer sogenannten freien Wirtschaft herauskommen würde, zeigte unser Redner mit einer einzigen Zahl. Die gesamten Mietsbeträge in Deutschland betragen jetzt

6 Milliarden jährlich.

Würden die Zwangsverordnungen fallen, so wäre nicht aufzuhalten, daß binnen kurzer Zeit die Mieten in allen Häusern entsprechend der dreifachen Verteuerung der Baukosten steigen würden, mithin auf 180 Milliarden im Jahre. Ein ungeheures Milliardengeschenk würde damit Jahr für Jahr den Haus- und Grundbesitzern gegeben, und die Bodenrente würde dauernd entsprechend steigen. — Für die Deutschnationalen hielt der Abgeordnete Gutknecht eine billige Rede gegen jede Zwangswirtschaft und einen Lobgesang auf unbegrenzten Wohnungswucher. Das

Mietengesetz sei ein Ausnahmegesetz.

Es werde nicht durchzuführen sein, die Deutschnationale Volkspartei werde es ablehnen. Der Zentrumsmann Schlack begreift nicht, weshalb sich der Hausbesitz so gegen das Gesetz wehrt. Von einer Sozialisierung könne noch gar keine Rede sein. Er rang sich übrigens zu dem Bekenntnis durch, daß der absolute Eigentumsbegriff zugunsten eines christlich sozialen Eigentums aufgegeben werden müsse. In seiner eigenen Fraktion wurde diese Wendung von manchem Abgeordneten unbehaglich empfunden. Herr Schlack biederte sich aber gleich darauf auch bei den Hausbesitzern an, indem er für höhere Mieten bei gewerblichen Räumen eintrat, eine ganz verhängnisvolle Forderung, weil sie das ganze System des Gesetzes durchbricht, und weil eine höhere Miete für gewerbliche Räume ständig ein Anreiz ist, Wohnräume in gewerbliche Räume umzuwandeln. — Der Deutsche Volksparteiler Bythen versuchte seinen deutschnationalen Konkurrenten an Mieterfeindlichkeit noch zu übertreffen. Der Teufel der Sozialisierung jagt noch ihm aus allen Paragraphen des Gesetzes hervor. Auch die Volkspartei will nichts von dem Gesetz wissen.

*

Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vor Gericht.

SPD. **Berlin**, 15. Februar.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag über die Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen- und Sachverständige vor Gericht beraten. Von sozialdemokratischen Mitgliedern wurden mehrere Abänderungsanträge eingebracht, da die Regierungsvorlage nicht ausreichend erschien. In der Begründung der Abänderungsanträge führte der Genosse Schmidt (Sachsen) u. a. an, daß man den Arbeitern bei Vorladung vor Gericht als Zeuge oder Sachverständige nicht auch noch Opfer zumuten könne, und daß deshalb die Sozialdemokratie beantrage, statt der vorgesehenen Zeugengebühren von 8 Mark die Summe von 15 Mark einzusetzen, und statt 40 Mark Zehrgeld die Aushändigung von 50 Mark zu beschließen. Für die Uebernachtung forderten unsere Parteigenossen statt 20 Mark die Summe von 30 Mark. Da auch diese Sätze bald überholt sein werden, empfahlen die sozialdemokratischen Vertreter, eine Bestimmung in den Gesetzentwurf aufzunehmen, die höhere Gebühren zuläßt. Auch die Erhöhung der Gebühren bei Feststellung der Mitglieder für die Feststellungsausschüsse im besetzten Gebiet wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, da der bisher bestehende Satz von 15 Mark durchaus unzureichend ist. Die Vertreter der Regierung hielten die von der Sozialdemokratie beantragten Sätze für bedenklich. Bezüglich der Entschädigung der Mitglieder in den Feststellungsausschüssen im besetzten Gebiet hielt ein Vertreter der Regierung die Aenderung der entsprechenden Verordnung für richtiger. Nach weiteren Ausführungen bürgerlicher Redner wurden die Anträge unserer Genossen einstimmig angenommen.

Wie Poincare Genua sabotiert.

Mit Hilfe der Kleinen Entente und Polen. — Die willigen Schäfchen Poincarés. — Die Haltung der englischen Regierung bisher unbekannt.

Die Absichten der französischen Regierung in bezug auf die Konferenz in Genua treten immer deutlicher zu Tage. Eine Sabotage der Konferenz mit Hilfe der Kleinen Entente und Polen ist der Zweck der augenblicklichen Aktivität, die Poincaré gegenwärtig als Außenminister zeigt. In Cannes wurde zwischen den Ententestaaten vereinbart, daß die Sachverständigen-Konferenz lediglich als Fortsetzung der Beratungen von Cannes zu betrachten ist. Frankreich gibt den Verhandlungen in Cannes dagegen die Deutung, daß die Sachverständigen-Konferenz eine Revision der Beschlüsse von Cannes bezwecke. Schon in dieser Deutung liegt Ziel und Richtung der französischen Außenpolitik verborgen. Der Pariser „Gaulois" kennzeichnet die Situation noch klarer, als es bisher von französischer Seite geschehen ist, indem er kurz sagt: „Die Vorschläge, die wir nach London, Brüssel und Rom gelangen ließen, sind kurz zusammengefaßt die folgenden: 1. die Sachverständigen-Konferenz soll die Beschlüsse von Cannes nach den Anregungen des französischen Memorandums revidieren. 2. Die Mächte, die an den in Genua zur Erörterung stehenden Problemen direkt interessiert sind, sollen an dieser Sachverständigen-Beratung teilnehmen. Wenn diese Vorbedingungen nicht erfüllt werden, dann dürften wir nicht die einzigen sein, die eine Vertagung der Konferenz ins Unbestimmte verlangen oder darauf verzichten, an der Konferenz teilzunehmen."

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(44. Fortsetzung.)

Andrees trat ein. Andrees mit strahlenden blauen Augen, frisch und geräuschvoll. Sein Kommen riß das Mütterchen flink empor. Mit einem Blick ihrer klugen Augen sah sie, daß ihr Gebet bereits zur Hälfte erfüllt war; er hatte ein Herz gefunden, das zu ihm hielt, das ihn einstmals glücklich machen würde.

Eine Viertelstunde später kam auch Dreesohm mit schlurfenden Schritten über die Diele. Er kam noch immer allabendlich mit Krischan Nahwer zusammen.

Dreesohm war noch krummer als früher, aber den Kopf trug er steiler als je, und mit seinem Wahlspruch: „Gerade auf wie ich!" richtete er noch manchen von Kleinmut und Kummer gebeugten Nacken auf.

Während er sich die Nachtpfeife stopfte, die er abends mit ins Bett zu nehmen pflegte, berichtete Andrees zum zweiten Male und ausführlicher seine Erlebnisse.

„Schon wieder eine Stufe höher," philosophierte der Alte. „Junge, Junge, versteig' dich nicht zu hoch!"

Andrees lachte. „Hab' keine Angst, Ohm; die Hauptsache, das die Leiter sicher ist!"

„Ja, das ist die Hauptsache," wiederholte Antje träumerisch. Sie gedachte eines goldigen Maitages, den sie niemals in ihrem Leben vergessen würde.

*

Elftes Kapitel.

Andrees trat seine Stelle pünktlich am ersten Mai an. Die erste, die ihm auf der Werfte entgegenkam, war Wiebke in Hut und Mantel.

Daß ihm als erste ein junges Mädchen begegnete, erschien ihm als ein gutes Omen. Selbst ihr kalter, stolzer Blick vermochte hieran nichts zu ändern. Er sah sie ebenso hochfahrend an, und als ihre Blicke sich kreuzten, als sie so sicher und selbstbewußt aneinander vorbeigingen, sahen sie aus wie zwei Stämme aus gleichem Holz. Wenn auch ihr Aussehen ein ganz verschiedenes war, wenn auch die eine als Herrentochter vorging und der andere als Knecht hereintrat, so spürte doch eines das anderen, gleichartigen, festen, stolzen Sinn.

Auf dem Hofplatz traf er den Großknecht, einen hübschen Menschen, mit kedem, dunklen Schnurrbart und kunstvoll gedehntem Kolk.

„Na, komm man rein," sagte Hinnerk Gosch, auch der schmucke Hinnerk genannt, gönnerhaft. „Die Leutestube, wo unsere Betten stehen, ist gleich hier vornean. Die Wände habe ich heute morgen frisch gekalkt; auch haben wir frische Spreitdecken getriegt. Ja, ja, als ich kam, ist keine Wand geweiht worden."

„Da wird sie es wohl auch nötig gehabt haben," meinte Andrees.

„Ja, das hatte sie. Nun sieht es hier wenigstens menschlich aus. Es war die höchste Zeit, daß der Bauer sich mal darum kümmerte."

Andrees sah sich in der geräumigen Kammer um, die ihm recht gut gefiel mit ihren bläulich weißen Wänden, den Bettstellen an der Wand, der Ojenbank und dem Eßtisch, um den sich die Stühle gruppierten. „Mach's dir man bequem," sagte Hinnerk, „und wenn du dem Bauer guten Tag sagen willst, er wird wohl im Stall sein bei den Pferden."

Andrees ging in den Stall und machte sein Honneur vor dem Bauer, wie er es vom Militär her gewohnt war.

„Mutter läßt grüßen", sagte er auf Rolfs fragenden Blick, und zu gleicher Zeit fiel ihm ein, daß ihm gar kein Gruß aufgetragen sei.

In Rolf Andersens Augen leuchtete es freudig auf. Still, aber freundlich begrüßte er den jungen Knecht, sag' zu leise, fast zu freundlich. Er gewann Andrees Herz in dieser ersten Minute vollends.

Zur Abendkost gab es Buchweizengrütze.

„Die ist mit Milch gekocht," sagte Lena, die Außendeern, als sie die Schüssel auftrug. „Unser Herr gudte heute abend in die Küche hinein und sagte, das solle aufhören mit der Wassergrütze; das wäre Schweinefutter. Na, es schmecke ja auch als „Knüppel auf dem Kopf." Aber ihr hättet mal sehen sollen, was die Alte da für eine Fliepe zog. Das konnte ein Schock Hühner draut sitzen." Lena wollte es der Frau nachmachen, sie zog ein saures Gesicht und schob die Unterlippe vor.

Alles lachte. Lieschen, die Binnendeern, verschluckte sich dabei und bekam etwas in die Luftröhre oder, wie die Leute sagen, ins Dithmarscher Halsloch. Sie hüstelte und schnaufte, und Hinnerk mußte sie erst in den Rücken klopfen, was er so nachdrücklich tat, daß sie laut schreiend aufsprang.

Mit einem Schlage hatte die Lustigkeit ein Ende. In der Tür der Leutestube stand Wiebke mit ihrem frühernsten, stolzen Kindergesicht.

„Hinrich, Sie fahren mich morgen zur Bahn nach Husum; ich muß um halb elf Uhr dort sein."

Hinnerk biß erst einen ordentlichen Happen Schwarzbrot ab, ehe er antwortete. „Kann morgen nicht," sagte er kurz, muß raus zum Pflügen. Andrees weiß noch keinen Bescheid."

Wiebke wurde rot bis an das dunkle Haar. „Papa kann auch nicht. Er sagte, es sollte einer von Ihnen fahren."

„Dann muß Andrees ran. Weißt du den Weg nach Husum?"

„Ja, denn kenne ich."

„Na, denn fährt Andrees."

„Meinetwegen," sagte Wiebke, mit einem halben Blick auf Andrees. Sie wandte sich zum Gehen; in der Tür drehte sie sich noch einmal um und rief mit etwas herber, hoher Stimme: „Um neun Uhr muß angespannt sein."

„Zu Befehl!" sagte Andrees laut; er richtete sich dabei stramm auf. Er hatte die Militärgewohnheiten noch nicht ganz abgestreift. Die andern, die dies für einen guten Witz hielten, lachten so laut, daß Wiebke es noch hören konnte.

„Mit dem hochnäsigen Fitt zu fahren, gönne ich die auch lieber als mir," sagte der Großknecht.

„Es ist man gut, daß jetzt vom Hause kommt," warf Lena ein. „Die wird ja noch schlimmer als die Alltsche; die gönnt einem nicht das Weiße vom Auge. Ja, es war die höchste Zeit; sie hätte uns noch rein vor Hochmut aufgefressen."

„Die muß umlernen als ein Tanzbär," bemerkte Hinnerk.

Hinnerk und Lena führten das große Wort; Lieschen lachte, und Andrees hörte höflich und freundlich zu. Der Hoffnung stopfte sich die Backen voll und mußte nicht.

Am andern Morgen sah Andrees der Hausfrau zum erstenmal ordentlich in die Augen. Sie geleitete, ein großes Umschlagetuch gehüllt, ihre Tochter hinaus und blieb dann noch bis zum Fortfahren draußen stehen, um Wiebke einige Ermahnungen mit auf den Weg zu geben. Aus ihren Augen sprachen Hochmut und Menschenhaß, aber sie wurden von heimlichen Schmerzen in Banden gehalten.

Wiebke war so frohgemut, wie es der anerzogene Dünkel ihr zu zeigen erlaubte. Ihre schönen blauen Augen blickten kalt und tränenlos.

„Halte dich ordentlich," sagte die Mutter weinerlich beim Abschied. „Schreib' bald mal und werde nicht krank."

„Hab' keine Angst," gab Wiebke zurück. Die Mutter suchte in ihren Augen nach einem Fünkchen Liebe. Sie vergaß, daß sie nie in ihres Kindes Herz ein Saatkorn davon hineingelegt hatte, und als ihr kein warmer Schein entgegenschimmerte, schalt sie die Tochter im Stillen herzlos und undankbar.

„Vergiß uns man nicht ganz," murmelte sie.

„Ahöö, Deern," tönte des Vaters kräftige Stimme dazwischen, „halte den Kopf oben und bleibe mit den Füßen auf der Erde." Er half ihr auf den Wagen neben Andrees, und der Einspänner zog an.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0002

Die beiden Mächte, die nach Frankreichs Meinung besonders an den in Genua zur Erörterung stehenden Problemen interessiert sind, Polen und die Tschechoslowakei, haben mit der französischen Regierung bereits eingehende Verhandlungen geführt und man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß sie sich als willige Schäfchen Poincarés in der Zukunft zeigen werden. Ueber die Haltung der englischen Regierung zu den neuesten Wünschen Frankreichs verlautet bisher nichts.

Preußischer Landtag.

Die Finanznot der Gemeinden.

Rede des Genossen Hirsch. — Die Not der Gemeinden eine Kriegsfolge. — Für Reform des kommunalen Abgabegesetzes.

SPD. Berlin, 15. Februar.

Nach Erledigung kleiner Anfragen und der zweiten Beratung des Entwurfes über die Vereinigung Pyrmonts mit Preußen, beschäftigte sich der Landtag am Dienstag mit mehreren Anträgen, die sich auf die finanzielle Not der Gemeinden beziehen.

Genosse Hirsch

führte dazu folgendes aus: Schon vor dem Kriege befanden sich viele Gemeinden in einer Notlage. Ihre Steuerzuschläge erreichten eine unheimliche Höhe, besonders im industriellen Westen. Damals schon entschloß sich die Regierung, eine Novelle zum kommunalen Abgabegesetz einzubringen. Dieses Gesetz blieb leider in der Kommission. Der Krieg brachte den Gemeinden viele Aufgaben und viele Ausgaben, die ihnen zum Teil vom Reich bis heute noch nicht ersetzt sind. Wenn gesagt wird, an der Notlage sei die Reichsfinanzreform schuld, so ist anzuerkennen, daß das Reich zunächst seine Finanzen in Ordnung zu bringen bemüht sein mußte. Etwas anderes ist es, ob die Reform in Einzelheiten nicht anders gestaltet werden konnte. Wir glauben, daß man von vornherein mehr Rücksicht auf die Gemeinden hätte nehmen müssen. **An dem Grundsatz der Reichseinkommensteuer halten wir fest.** Nur Aufrechterhaltung des alten Zuschlagrechtes wäre der Mehrzahl der Gemeinden nicht gedient gewesen. **Die riesigen Zuschläge hätten die Einwohner nicht tragen können.** Die heutige Not der Gemeinden ist eine Kriegsfolge; selbst in den Siegerländern, wie in England, haben sich die Gemeindesteuern seit dem Kriege verdoppelt. Die Mahnung des Reichsfinanzministers, die Gemeinden sollten sich bescheiden, war überflüssig; die Gemeinden haben sich eingeschränkt, soviel sie konnten. Sie können aber nicht auskommen, wenn sich die Ausgaben von 1914 bis 1920 von 80 auf 489 Mark pro Kopf steigern. **Die Ausgaben für Schulzwecke sind bei den Gemeinden ganz enorm gestiegen.** Das Reich kann sich helfen, indem es auf neue Steuern zurückgreift. Die Gemeinden sind von den Ländern und vom Reich abhängig.

Die Beseitigung des Einkommensteuerrechtes

ist für die Gemeinden katastrophal gewesen. Die langsame Veranlagung und Einziehung der Reichseinkommensteuer hat einen enormen Ausfall an Steuern für das Reich mit sich gebracht. Die Folge ist, daß auch die Gemeinden sehr darunter leiden, da sie weniger Einkünfte haben. **Notwendig ist eine Reform des kommunalen Abgabegesetzes,** um den Gemeinden die Möglichkeit neuer Steuern zu geben. Dem vorliegenden Antrag, der der Aufforderung des Städtetages entspricht, stimmen wir zu. Aber damit kann es nicht genug sein. Wir brauchen eine grundlegende Aenderung des ganzen Kommunalabgabegesetzes.

Ohne die Hilfe der Gemeinden keine Gesundung der Nation, keine Jugendpflege, keine sittliche Wiedergeburt, keine Volksbildung.

Schon deshalb haben Staat und Reich ein Interesse daran, die Gemeinden in den Stand zu versetzen, diese Aufgaben zu erfüllen. Natürlich darf man dabei die Selbstverwaltung der Gemeinden in keiner Weise antasten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Redner des Zentrums Sprenger verlangt größeren Anteil der Gemeinde an der Reichsumsatzsteuer, sowie Anteil und Mitwirkung an der neuen Grundsteuer. An der Arbeit der Finanzämter wünscht das Zentrum die Gemeinden beteiligt zu sehen. Der Deutschnationale Martel erheiterte das Haus durch seine bajazzoartigen Ausführungen, die in sinnlosen Angriffen auf die republikanische und sozialistische Republik bestanden.

Entsprechend dem Beschluß des Aeltesten-Rates wurden zum Schluß der Debatte die kommunistischen Anträge über den Eisenbahnerstreik und Amnestiefragen auf die Tagesordnung vom Mittwoch zu setzen, abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion schloß sich der Ablehnung an, weil sie keine Neigung hat, immer einen Tag später wie der Reichstag dieselben Fragen zu behandeln, dann aber auch weil sie in der Eisenbahnfrage, deren Debatte sie nicht ablehnt, abwarten will, wie das Endergebnis der Debatte im Reichstag sein wird.

*

Haushalt des Finanzministeriums.

SPD. Berlin, 15. Februar.

Bei Beratung des Haushalts des Finanzministeriums im Hauptausschuß des preuß. Landtages verlangte Genosse Waentig eine bessere finanzwirtschaftliche Ausbildung der Studiereden, die zur Finanzverwaltung übergehen wollen. Dominicus (Demokrat) suchte die Forderung im Sinne der bekannten „fachlichen Eignung" aller Beamten auszunutzen, sodaß Genosse Heilmann ihm klar machen mußte, daß es verschiedene Eignung für verschiedene Staatsbeamtenstellen gäbe.

Zum Haushalt selbst wurden Wünsche auf Vereinfachung, rasche Auszahlung von Ruhegehältern usw. vorgetragen. v. Kries (Deutschn.) hoffte auf größere Einnahmen für Preußen infolge des Steuerkompromisses im Reich. Finanzminister v. Richter trat dieser Auffassung entschieden entgegen. Der Steuerkompromiß (Umsatzsteuer 2 statt 2½ Prozent usw.) bedeute im Gegenteil soweit sich heute übersehen lasse, eine Mindereinnahme für Preußen von 589 Millionen Mark. Sowohl die Grundsteuer wie andere Steuern müßten deshalb energisch ausgeschöpft werden. Genosse Heilmann regte an, **die Gesetzhaltung der Steuererklärungen aufzuheben, da dies unzweifelhaft eine bedeutende Erhöhung der Steuereinnahme zur Folge haben werde.** Die Kommunisten verlangten Streichung der Aufwandsentschädigung für politische Beamte, während die Koalitionsparteien für diese eine angemessene Aufwandsentschädigung forderten. Durch die Art, wie der Kommunist Schulz die „Kleinbürger" der Sozialdemokratie behandelte, erregte er die lebhafteste Heiterkeit im Ausschuß.

Dr. Preyer (Deutschn.) bekämpfte den Gedanken der Aufhebung der Geheimhaltung der Steuererklärung in der entschiedensten Weise und verlangte die Aufhebung der Auskunftspflicht für die Banken! Die Einzeldebatte wurde auf Sonnabend vertagt.

Aus der Demokratischen Partei ausgeschieden. H. v. Gerlach, der Herausgeber der „Welt am Montag", ist aus der Demokratischen Partei ausgeschieden. Es lagen verschiedene Ausschlußanträge gegen ihn vor, die damit begründet wurden, daß Gerlachs Kritik an der Partei von sozialdemokratischen Blättern zustimmend wiedergegeben worden sei, und daß seine Parteizugehörigkeit viele „Demokraten" zum Uebertritt zur Deutschen Volkspartei bewogen habe. **Gerlach kommt also durch seinen Austritt nur einem Ausschluß zuvor.**

Budapester Steckbrief gegen die Mörder Erzbergers.

Berliner Geheimpolizei in Budapest.

Budapest, 15. Februar. Wie das Achtuhrabendblatt meldet, hat die Budapester Oberlandeshauptmannschaft auf Ansuchen des Oldenburger Landesgerichts einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten und zwar den Münchener Kaufmann Heinrich Schulz und den ehemaligen Oberleutnant Tillesen erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Aufforschung der Genannten die Berliner Geheimpolizei nach Budapest gekommen sei, weil sich Anhaltspunkte ergeben hätten, daß die beiden Beschuldigten sich in Budapest aufhalten.

Absage für Moskau.

Paris, 15. Februar. Der Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes sprach dem Verwaltungsrat mit erdrückender Mehrheit das Vertrauen aus und lehnte den Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Kongresses mit fast allen Stimmen ab, was **eine vollkommene Absage an die Gewerkschaften im Fahrwasser der Moskauer Internationale bedeutet.**

Wirtschaft.

1 Dollar = 199 Mark.

Die Meinung der Berliner Börse über die heutige Reichstags-Abstimmung.

In der Berliner Dienstag-Börse trat gestern eine Rückwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel ein. Amtlich notierten Kabel New York 199, London 868, Holland 7450. Die Effektenbörse stand mehr als vorgestern unter dem Druck der schwierigen innerpolitischen Verhältnisse. Infolgedessen bewegte sich die Hause in ruhigeren Bahnen. Immerhin weisen oberschlesische Werte sowie Maschinenbau- und Metallwerte recht bedeutende Kurssteigerungen auf. Ueber die voraussichtliche Lösung der Kanzlerkrise kursieren an der Börse die verschiedenartigsten Gerüchte. Es herrscht jedoch die Meinung vor, daß das Kabinett Wirth bei der Abstimmung eine Mehrheit erhalten wird.

Aus aller Welt.

Durchstechereien im Untersuchungsgefängnis.

Eine Anklage wegen aktiver und passiver Bestechung führte den Architekten Walter Oesterle und den Gefangenenaufseher Wilhelm Beber vor die Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Oesterle sitzt seit dem Juli 1921 in Haft. Er ist beschuldigt, der amerikanischen Schauspielerin Arma Schelman, mit der er verheiratet war, unter falschen Vorspiegelungen den größten Teil ihres Vermögens in Höhe von 40 000 Dollar abgenommen und sie dann verlassen zu haben. Oesterle lag nach seiner Verhaftung im Untersuchungsgefängnis auf der Station, die Beber zu beaufsichtigen hatte. Er verstand es, sich mit ihm anzufreunden und durch dessen Vermittelung freundschaftlichen Verkehr mit einem auf derselben Station liegenden Holländer zu Reede anzuknüpfen. Dieser versah ihn mit Lebensmitteln, sie steckten sich gegenseitig Zettel zu, Oesterle besuchte auch den Holländer wiederholt in seiner Zelle. Dies alles soll mit Wissen des Beber geschehen sein. Als der Holländer aus der Untersuchungshaft entlassen war, entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel zwischen Oesterle und dem van R. und mit anderen Personen, wobei Beber den Vermittler spielte. Letzterer ist durch wiederholte Versprechungen, namentlich auch dadurch zu den Pflichtwidrigkeiten verleitet worden, daß ihm Oesterle eine Summe von 10 000 Mark versprach, die ihm für seine Bemühungen gegeben werden sollten, wenn er aus dem Gefängnis herauskäme. Oesterle wurde zu fünf, Beber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ermordung des finnischen Innenministers.

Der Mörder verhaftet.

Helsingfors, 15. Februar. Nachmittags wurde der Minister des Innern Ritavuor beim Aussteigen aus dem Auto vor seiner Wohnung durch drei Revolverschüsse getötet. Der Mörder wurde verhaftet.

Mord und Selbstmord. Wie aus Nürnberg gemeldet wird, wurde dort der erste Direktor Eduard Kahl des Warenhauses „Zum Strauß", während er ahnungslos am Frühstückstisch saß, von seiner eigenen Frau, die das Dienstmädchen zu einer Besorgung weggeschickt hatte, durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet. Die Täterin brachte sich dann selbst einen Schuß bei, dem sie inzwischen erlegen ist. An der Wand ihres Schlafzimmers fand man ihre Feuerbestattungserklärung angeheftet. Die Feststellungen ergaben, daß die Tat wegen ehelicher Zwistigkeiten erfolgt ist.

Ein heimtückischer Mord. In Reniztosa bei Hof i. B. erschoß ein Unbekannter, in das Haus eines Schuhmachers eintretend, dessen 17jährige Nichte und verletzte das Ehepaar lebensgefährlich.

Provinz und Umgegend.

Aus dem Merseburger Stadtparlament.

Die Lohnfragen der städtischen Arbeiter.

Für den Ausgabeposten der Volksschulverwaltung wurden 150 und 1800 Mark bewilligt, desgleichen 4500 Mark beim Ausgabehaushalt der Grundeigentumsverwaltung. Der Ausgabehaushalt des Fleischbeschaumtes Teil I Ziffer 1 Absatz 2 und Absatz 4 erfordert 17 000 und 250 Mark. Zum Haushaltsplan des Wasserwerkes wurden für das Rechnungsjahr 1921 10 000 Mark, für den Haushaltsplan des Gaswerkes ebenfalls für das Rechnungsjahr 1921 40 000 Mark, welche zum Teil gedeckt sind, debattelos genehmigt. Zum Ankauf und Ausbau der Baracken an der Weißen Mauer wurden 68 400 Mark bewilligt. Infolge der zunehmenden Teuerung der notwendigsten Nahrungsmittel wie Brot, Kartoffeln, Fleisch und Milch, sowie der Preise für Kohlen, Strom, Wasser und das wurde erneut eine Erhöhung der Gebühren für das städtische Krankenhaus beschlossen. Diese betragen für Einheimische Klasse 3 32 Mark, Klasse 2 48 Mark, Klasse 1 64 Mark. Für Auswärtige: Klasse 3 40 Mark, Klasse 2 60 Mark, Klasse 1 80 Mark. Stadtv. Daniel ersuchte die in Merseburg wohnenden, aber auswärtigen Betriebskrankenkassen zugehörigen Kassenmitglieder (wie Leunawerk, Lützen usw.) als Einheimische zu behandeln. Der Magistrat sagte eine Prüfung in der Haushaltskommission des Krankenhauses zu. Die Entschädigung der Vollschwestern des Evangelischen Diakonissenvereins wurde auf 8000 Mark ab 1. April 1922 pro Jahr festgesetzt.

Der Wasserpreis wird mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar von 1,60 Mark auf 2 Mark erhöht. Recht in Schuß scheint der Stadtv. Grimm (Dem.) die Hausbesitzer zu nehmen, welcher den Magistrat ersucht, zu erwägen, das Wassergeld direkt von den Mietern zu erheben!!! Genosse Krüger wies diese Anregung, ihnen er auf die vermehrten Ausgaben durch Wassermesser und Anstellung von Beamten hinwies, zurück.

Von einer Klage seitens der Stadt Merseburg gegen die Oberpostdirektion Halle anläßlich der Reklame an den Postbriefkasten wurde aus Sparsamkeitsrücksichten Abstand genommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit dem Antrage Koenen (Komm.) und Genossen, die Lohnverhandlungen der städt. Arbeiter vom 22. Oktober 1921 durch ordl. Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Gleichviel ob die Arbeitgeber einverstanden sind oder nicht. Der Stadtverordnetenvorsteher Junter teilte hierzu mit, daß dieser Antrag durch den sechen zugegangenen Schiedsspruch überholt sei. Zu den vom 1. Oktober bis Ende Dezember geltenden Lohnen sind in Ortsklasse Ia mit Wirkung ab 1. Januar folgende Zuschläge zu zahlen: I. 1,45; II. 1,35; III. 1,35; IV. 1 Mark. Die Vorarbeiterzulage wird von 20 Pfg. auf 30 Pfg., das Haustandsgeld von 50 Pfg. auf 70 Pfg. und die Kinderbeihilfen von 20 Pfg. auf 30 Pfg. pro Stunde erhöht. Dieses erfordert eine Mehrausgabe von 4900 Mark für den Vorarbeiter und 4400 Mark für den Facharbeiter im Jahr, wofür Deckung nicht vorhanden ist. Ferner hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes den Beschluß gefaßt, daß die Städte Halle, Merseburg, Weißenfels und Zeitz ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden. Dadurch soll, wenn vom Arbeitgeberverband eine besondere Teuerung in einer der vorgenannten Städte anerkannt wird und besondere Teuerungszulagen gewährt werden, dieses auch für die anderen Städte zutreffen. Stadtv. Daniel ging in längeren Ausführungen auf die Verhandlungen und auf die Zusammenlegung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes über, und ersuchte in Anbetracht dessen, daß Halle den Arbeitern der städtischen Werke eine Sonderzulage gewährt hat, diese ebenfalls in Merseburg für die Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes zu zahlen. Der im Dezember gezahlte Vorschuß soll mit den neuen Lohnsätzen in Anrechnung gebracht werden.

Genosse Krüger wies darauf hin, daß diese Angelegenheit eine Lebensfrage infofern ist, als Merseburg mit eine der teuersten Städte Deutschlands ist. (Siehe Einrichtung der Beamtenbeihilfe.) Deshalb sei es zu begrüßen, daß das wirtschaftliche Einheitsgebiet geschaffen worden ist; werden doch die hiesigen Metallarbeiter und die Arbeiter im Baugewerbe genau so bezahlt wie die Hallenser. Deshalb sind auch die 60 Pfg. Sonderzulage, welche in Halle den Arbeitern der städtischen Werke gezahlt werden, den hiesigen Arbeitern zu zahlen. Die Einwendungen des Magistrats, die Rückführung der hohen Spitzenlöhne der städtischen Arbeiter in Durchschnittslöhne der Industrie, erledigte Genosse Krüger mit dem Hinweis, daß sich die Löhne der städtischen Arbeiter mit dieser Zulage noch nicht einmal den Durchschnittslöhnen der Industrie in Merseburg nähern. Ferner sei es nicht richtig, daß Deckung für diese Ausgaben nicht vorhanden sei. Genosse Krüger erweiterte den Antrag Daniels, den Vorschuß durch diese Lohnregelung als getilgt zu betrachten, die Sonderzulage neben den Arbeitern des Gas- und Elektrizitätswerkes auch auf die Arbeiter des Wasserwerkes auszudehnen. Der Stadtv. Richter (Komm.) zeigte erneut die Unfähigkeit, Lohnfragen der Arbeiter zu lösen, und verstand nur in Schlagworten seinem Herzen Luft zu machen, die damit endigten, gegen die inzwischen gestellten Anträge Daniel-Krüger zu stimmen, d. h. den Vorschuß als nicht getilgt zu betrachten. (Ah weh!) Erst als Stadtv. Daniel (U. S. P.) darauf eximierten machte, daß diese ganze Materie mit dem kommunistischen Fraktionsführer besprochen und im beiderseitigen Einverständnis die Anträge gestellt worden sind, ging dem Stadtv. Richter das Offenbarungslicht auf. Nach längeren Ausführungen, begleitet von derben Zwischenrufen aus dem Zuschauerraum, gelangten folgende Anträge Daniel und Krüger zur Abstimmung:

„1. Die noch bestehenden Vorschußrechte für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 15. Februar 1922 als getilgt zu betrachten vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeitgeber. 2. Die durch Verhandlungen in Halle festgesetzten Lohnsätze und Sonderzulagen auf Grund der Beschlußfassung des Arbeitgeberverbandes der dortigen Gas- und Elektrizitätsarbeiter ab 1. Januar 1922 auch auf die hiesigen Arbeiter des Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerkes in Anwendung zu bringen vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeitgeber."

Der erste Antrag wurde einstimmig, der zweite gegen eine Stimme angenommen. Hieran schloß sich eine geheime Sitzung.

Leunawerk. Theaterveranstaltungen. Der Bildungsverein Neu-Rössen hatte für Sonntag abend das Leipziger Moderne Theater unter der Leitung des Direktors Schilde zu einer Vorstellung im Theatersaal der Kantine II verpflichtet. Auf dem Programm stand der Schwank: „Wenn man im Dunkeln küßt" von Molachov und Elsner. Es ist ein äußerst humoristisches Stück voller Konflikte und Verwechslungen, das die zahlreichen Besucher von Anfang bis zu Ende in der fröhlichsten Stimmung hielt und nach jedem Akt einen aufrichtigen, herzlichen Beifall hervorrief. Die Schauspieler entledigten sich ihrer Aufgaben in der besten Weise und wurden dem heiteren Inhalt des Stückes durch sehr natürliche und doch äußerst drastische Darstellung vollkommen gerecht. Ihnen gebührt für ihre Leistungen ein Gesamtlob. Alle die dem Abend beigewohnt haben, sind wohl mit dem Wunsche nach Hause gegangen, recht bald wieder einen solchen humorvollen Abend der Schildschen Theatergesellschaft zu erleben.

— Die nächste Veranstaltung des Vereins findet am 25. d. M. statt. Es ist ein Lieder- und Vortragsabend, ausgeführt von Käthe de Georgi, der berühmten Operetten-Soubrette, und Carl de Georgi dem bekannten Vortragskünstler vom Deutschen Theater in Stuttgart, vorgesehen. Beiden Künstlern stehen die besten Referenzen des In- und Auslandes zur Verfügung, sodaß der Einwohnerschaft von Neu-Rössen ein besonders genußreicher Abend versprochen werden kann.

Weißenfels. Ein Anschlag gegen den Konsumverein. Die Bäckermeister unserer Stadt scheinen in letzter Zeit die trübe Erfahrung zu machen, daß der Absatz ihrer Erzeugnisse immer mehr und mehr zu wünschen übrig läßt. Die hochwohllöbliche Innung scheint nun über die Treulosigkeit ihrer Kunden sehr erbost zu sein und sucht nun ihren heiligen Zorn auf einen Uebeltäter abzuladen, den Konsumverein. Man höre: „Wer bei mir kein Brot mehr kauft, für den backe ich nicht mehr." So, oder so ähnlich lautete die in fast allen Schaufenstern in großen Lettern prangende Inschrift. Na, das muß doch wirken! Wenn wir für die Treulosen keinen Stollen mehr backen, nun dann müssen sie doch wieder kommen, und unseren Geldbeutel füllen helfen, so sagen sich die edlen Biedermänner. Sie werden sich nicht verrechnen? Nun, uns kann's recht sein. Der Konsumverein, das glauben wir bestimmt, wird auch hier eine Regelung finden, um seine Mitglieder nicht in die Vergangenheit zu bringen, bei einem Innungsmeister seinen Stollen backen zu müssen. Wir lächeln. Der Arbeiterschaft aber raten wir auf diesen Anschlag die gebührende Antwort zu geben, restlos ihren Bedarf nur da zu decken, wo jeder hingehört, im Konsumverein.

Zeitz. Selbstmordversuch. Am Sonnabend wurde ein Fräulein B. aus Zeitz, die in der bekannten Schröderaffäre aus dem Jahre 1919 beteiligt sein soll, in Polizeihaft genommen. Am Sonntag vormittag hat sich die Verhaftete die Pulsader durchgebissen. Nachdem ihr im Krankenhause ein Verband angelegt worden war, wurde sie wieder in Polizeigewahrsam zurückgeführt.

— Tödlich verunglückt ist der Arbeiter Seidemann aus Predel. Als er am Holzschacht arbeitete, kam er unter die Förderschale, sodaß er das Genick brach. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Osterau. Niedergeschlagen. Mit einem Hammer niedergeschlagen und schwer verletzt wurde die 16jährige Dienstmagd Martha Bauer auf dem Mühlenwerk durch einen Einbrecher, den sie in der Wohnung ihrer Herrschaft überraschte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0003

Mittwoch, den 15. Februar
Donnerstag, den 16. Febr.

Vier Extra-Tage von größter Wichtigkeit!

Freitag, den 17. Februa
Sonnabend, den 18. Febr

Wiederum bringen wir in allen Abteilungen auf Grund unserer rechtzeitigen Abschlüsse **hervorragend günstige Kaufgelegenheiten.**

Wollschotten 130 cm br. schöne. 72⁵⁰
Blusenstreif rein. Woll. ein. mod. Str. Mtr. 110.00 93⁰⁰
Homespune 130 cm br. schöne Kostümware Mtr. 130⁰⁰

Chaiselongues gut. Verarb. u. Bez. 790.- 690⁰⁰

Schneidebretter . Stück 1.50 1²⁵
Holzlöffel tief . . . Stück 1.95 1³⁵
Kaffeekannen braun Ton 7.75 6⁷⁵
Milchtöpfe braun Ton . . 1.65 1²⁵
Schrubber Fibre 5⁵⁰
Scheuerbürsten Fibre 2.95 2⁵⁰
Rosshaarbesen . . 23.50 19⁵⁰

Kleiderbarchent . Meter 14.50 11⁷⁵
Rohnessel ca. 80 cm breit Meter 26.50 19⁵⁰
Schürzenstoff doppelbreit Meter 38.50 29⁵⁰

Damenhemden aus la Hemdentuch. m. Stickerei und Languette 54.50 49⁷⁵
Damenbeinkleid. fein f. Hemdtuch m. Stickerei und Languette 54.50 39⁷⁵

Damen-Haus-Schuhe mit Spange, gefüttert . . Paar 115⁰⁰
Damen-Spangen-Schuhe echt Boxcalf . . . . . Paar 195⁰⁰
Herren-Schnür-Stiefel Rindbdg. bequeme Form . Paar 195⁰⁰
Schulstiefel festes Leder, Lederbrandsohle 31/35 95.00 27/30 85⁰⁰

Stehkragen für Herren 4 fach . . . . . Stück 4⁷⁵
Herren-Sokeiten mit und ohne Band . . . . Stück 8.75 6⁷⁵
Selbstbinder breite Form . . . . . Stück 14⁷⁵
Herren-Hosenträger Gummi- u. Leder-Strippen Paar 17⁷⁵

Damenstrümpfe schwarz . . . . . Paar 14⁷⁵
Herrensocken gran. starke Qualität . . . . Paar 16⁷⁵
Damenhandschuhe farbig. 2 Druckknöpfe . Paar 18⁷⁵

Damen-Taschentücher mit Häkelzäckchen . . 3⁵⁰
Damen-Taschentücher weiß mit farb. Kante . 7.75 4⁷⁵
Herren-Taschentücher . . . . farb Kante 8.75 6⁷⁵
Stickerei-Festen . . . Meter 3.50 2⁵⁰

Gardinen breite Waare . . . . . Meter 16 75 12⁷⁵
Rips-Moiton für Bezüge ca. 130 cm . Meter 62⁵⁰
Bettvorleger in verschiedenen Ausführungen 98.00 78 00 65⁰⁰

Waschkernseife 60–62% Fettgeh. Doppelstück 5⁷⁵
Bade-Seife große runde Stücke . . 5⁰⁰
Lanolin-Seife . . . . . Stück 5⁷⁵

Blumenfettseife . . . . Stück 2⁷⁵
Schuhcreme . . . . . Dose 2²⁵
Salmiak-Terpentin Seifen-Pulver Paket 4⁵⁰

Halsketten zum Aussuchen Stück 6.75 3⁷⁵
Handtaschen-Bügel zum Aussuchen 10⁷⁵

Butterbrotpapier . . . . Rolle 3⁵⁰
Filtrierpapier . . . . . Paket 2⁵⁰
Schülereteuis gefüllt 6⁹⁵

Leopold Nussbaum.

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Drei Könige!

Kleine Klausstraße 7. Nähe des Marktes.

Morgen Donnerstag

Groß. Schlachtefest

Früh Wellfleisch, abends Wurst und Suppe.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 16 Febr
Nichtöffentl. Vorstellung.
Freitag
Erstaufführung
Liebe und Trompetenblasen
Lustspiel von
Sturm u. Bachwitz.

Hallisches Operetten-Theater
(Fernruf 6183).

Allabendlich 7½ Uhr:
Letzte Woche!
Das Holland weibchen

Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Noch ist es **Zeit!**
Decken Sie jetzt Ihren Bedarf in **engl. Leder, Manchester, Militärtuch,** ferner **Kammgarn** für **Hosen** im
Fabriklager
Halle, Raffineriestr. 42
Hier kaufen Sie gut und billig. Günstig für Wiederverkäufer.

Reparaturen an **Uhren Gold- und Silberwaren,** sowie **Schmucksach.** übernimmt bei solid. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt **Große Steinstraße 85.** gegenüber Bartholomäustraße.

Schäfte
in bester Ausführung b. Lieferung des Materials schnellst. **„Schuhmacher"** Bedarfsartikel, Werkzeuge, Gummiabsätze, billigste Preise.
F. Noah,
Schäftefbk Leipzigerstr. 16. Ecke Gr. Sandberg

„Ich war am ganzen Leibe mit Flechten behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht ätzend u. fettheilig). In allen Apotheken. Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Haltbare
Damen-Taschen
in großer Auswahl und prima Leder preiswert und gut
— nur — bei
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur
Schmeerstrasse 19.

Zu verkaufen

Von Freitag früh ab steh. tortwähr. pr. gr. u. kl.
Hannover-Läufer-Schweine auch ganz gr. Futterschweine bis 120 Pfd., billig z. Verkauf.
Gebr. Kohlberg, Halle a. S.
Gasthof Goldene Roje Rannischestr. 19. Tel. 6842.

Kaufgesuche

Kaninchenfelle
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung. Fischerplatz 2

Gold-, Silber-, Platinbruch
Alte Zahngebisse
Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu hohen Berliner Preis. Bitte überzeugen.
Metall-Kontor
A. Abramowitz,
Schmerstraße 14, I.
(Kein Laden).

Ein- und Verkauf
von gebr. Garderoben usw.
G. Lukas, Merseburg, Sand 1.

Roßhaar
kauft, auch fertigt aus gelieferten Haar
Besen und Bürsten
Oskar Seifert,
Werkstatt jeder Art Besen Bürsten u. m. für Industrie, Landwirtschaft und Haushalt.
Halle, Schülershof 4,
Fernsprecher 2229.

Fellsammler!
Treffpunkt: Fischerplatz 2.

In Sparsamer Zeit

heißt es besonders sparsam wirtschaften. Ein Mittel zum Sparen ist Süßstoff. Ein vorzügliches Süßgewürz. Gut billig bekömmlich. Schon für 75 Pfg. erhält man ein H-Päckchen, dessen Inhalt der Süßkraft eines Pfundes Zucker entspricht.

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Lesen Sie

Der Sieg war zum Greifen nahe!

VON ERICH KUTTNER M. d. L.

Vorstehendes Buch ist wohl eins der besten auf dem Gebiet der **Dolchstoßlegende** und giebt jedem das beste Beweismaterial in die Hände zu der furchtbaren Frage:

Wer stieß das deutsche Volk in den Abgrund?

Um nun jedem diese Schrift zugänglich zu machen, haben wir durch Massenbezug unsererseits uns entschlossen, den Preis derselben auf

Mark 1.50 festzusetzen.

Sorgt für Massenverbreitung! Wissen ist Macht!

Buchhandlung „Volksstimme"
Halle a. S.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Nur für Wiederverkäufer!
Sächsische Leder-, Cord- u. Plüschpantoffel, Ledorspangen-, Turn- und Handwarkerschuhe
in guten Qual. empfiehlt laufend zu **billigst. Tagespreisen** Schuh-Groß- Steins vertrieb
Georg Cohn, Halle a/S., weg 24.

Teichers Möbelhaus
Halle a. S., Untere gr. Steinstr. 82, I
empfiehlt **billige Schlafzimmer** mit echtem Marmor und Spiegel. **Herrenzimmer und Speisezimmer** in Eiche und Nußbaum, **kompl. Küchen. Plüschsofas, Betten** sowie **Drellmatratzen, Schränke,** sowie **gebrauchte Möbel.**
Keine Ladenmiete, daher äußerst preiswert.

Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- u. Schnupf-
Tabake
kauft man am besten bei
Hugo Thomas,
Zigarrenfabrik,
Merseburg, Oelgrube 5.

Zucker

gemahl. Melis

Pfund 8.60 Mk.

Infolge höherer Transportkosten im Saalkreis pro Pfund 10 Pfg. höher.

Vereinigte Nahrungsmittel-Händler.

Bayerische Margarine Spezialitäten
VEREINIGTE MARGARINE-WERKE NÜRNBERG
VORM. HEINL. LANG & SÖHNE, VORM. GALB & WOHL.

Vertretung und Fabrikniederlage: **Gg. Kuhlins,** Halle a. S., Oleariusstr. 1a
Telephon Nr. 4084.

Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haussengier,
Metallwarenfabrik Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Achtung!
Moderne Küchen, Schlafzimmer komplett, einz. engl. Bettstellen, 3teil. Drellmatr. Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, sowie alle Arten Kleinmöbel billig zu verkaufen.
Otto Thormann jun.
Brüderstr. 14.

Billigste Bezugsquelle von
Matratzen
3teilig mit Leinen und Drellbezügen, pr. Alpenrosfüllung engl. Bettfedern, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich.
Patentmatratzen,
Chaiselongues
m. pr. Bezügen u. Verarb.
Plüsch- u. Stoff-Sofas
Klub-Sofas u. Sessel.
E. Mass,
Charlottenstraße 9.
Fernsprecher 3521.

Schülermützen
von 23 Mk. an.
gute Verarbeitung.
J. Kaliga, Gr. Klausstraße 35.

Transportable eiserne u. Kachel-
Oefen, Kochherde, Gruben, Waschkessel.
Christian Glaser,
Gr. Klausstr. 24.
Fernruf 6138.

Wringmaschinen
reparieren u. setzen neue Walzen ein
Otto Sparmann,
Zu den Walhalla, Fernspr. 6804

Reclams Universal-Bibliothek
Preis **1.50** pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Das **Stadtbad** ist von heute ab wieder Montag vormittags geöffnet und Sonntags vormittags geschlossen. Die Badezeiten an den Wochentagen sind von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Das Römisch-Irische Bad ist geöffnet: **für Damen** Montag und Donnerstag nachmittags von 1—7 Uhr. Dienstag und Freitag vormittags von 9 bis 1 Uhr; **für Herren** Montag und Donnerstag vormittags von 9 – 1 Uhr, Dienstag und Freitag nachmittags von 1—7 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.

Halle, den 13. Februar 1922.
Der Magistrat.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18 d. Mts. von 9 Uhr vormittag an findet in unserem Fundbüro hier **Thielenstraße 1** öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.

Freitag zwischen 12 und 1 Uhr mittags kommen ein **photogr. Apparat und ein Fernglas** zum Verkauf.

Eisenbahndirektion.

Pferde-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 18. 2., 10 Uhr vormittags werden im Hofe der Artillerie-Kaserne 11 dienstunbrauchbare Pferde meistbietend gegen Barzahlung verteigert. Versteigerungsbedingungen usw. werden bei der Versteigerung bekanntgegeben.

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 1611.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Merseburg. Ortsverein der SPD. Freitag, den 17. Februar, abends 8 Uhr im „Parteibüro" **Kursus über unser Parteiprogramm.** Dieses den einzelnen zur Nachricht.
Der Vorstand.

Zeitz. (SPD.) **Freitag, den 17. Februar Mitgliederversammlung.** Vortrag des Parteisekretär Schulze-Naumburg.
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Bildungsausschuß der S.P.D. Am Freitag, abends 6 Uhr, findet eine Sitzung im Parteibüro, Zimmer 12, statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Arbeiter-Jugend. Heute abend von 8—10 Uhr Uebungsstunden der Musikgruppe. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. — Die Sitzung des Zentralvorstandes beginnt pünktlich 6 Uhr im Jugendsekretariat, Zimmer 14.

Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Deutscher Bauarbeiterverband. Donnerstag, den 16. Febr., abends 7 Uhr, im Volkspark (Restaurationssaal) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Berichterstattung vom Bezirkstag. Ergebnis der Lohnverhandlungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, Zahlstelle Halle, hält am Freitag, den 17. Februar, im „Volkspark" eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über die Leistungen der Ortskrankenkasse und Statutenänderungen der Lokalsterbekasse. Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen wird erwartet.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 15. Februar 1922.

Kredithilfe der Industrie auch im Wohnungsbau.

Große Versprechungen, doch . . . .

Unter den Mäteln, welche die Stadt zum Wohnungsbau in diesem Jahre flüssig machen will, befindet sich keine Mark, die direkt aus dem Geldbeutel der Arbeitgeber fließt. Die Stadt wäre berechtigt gewesen, auf Grund des § 9a des K.-A.-G. diese Kreise zu besonderen Leistungen zur Durchführung der Baupläne heranzuziehen. Sie hat darauf verzichtet. Unseres Dafürhaltens nicht ohne gute Gründe. Einer davon — obwohl wir ihn vorläufig noch nicht zu den guten rechnen können — war das Versprechen der Unternehmer, sie würden aus eigener Initiative gleichfalls mit einem ausgedehnten und selbständigen Wohnungsbauplan der Not abzuhelfen suchen.

Ueber diese Pläne verlautet jetzt etwas Näheres. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß diese vorläufige Information aus den Kreisen der Handelskammer stammt. Danach kann man annehmen, hat die Industrie, der Handel und das Gewerbe die Absicht, ihr Vorgehen dem Reiche gegenüber anläßlich der Erfassung der Sachwerte zu kopieren. Wir wollen im eigenen Interesse jener Kreise hoffen mit etwas weniger Egoismus, sonst müssen sie gewärtig sein, in den nächsten Jahren von den Kommunen gemeinsam mit äußerster Schärfe angepackt zu werden. Die Kredithilfe der Industrie in der Frage des Wohnungsbaues ist also angekündigt. Sie sieht, wenn man den Veröffentlichungen glauben darf, folgendermaßen aus:

Es wird eine Aktiengesellschaft „Kleinwohnungsbau Halle" gegründet. Dazu ist von der Handelskammer ein Sachverständigenausschuß eingesetzt. Dieser streckte sich als Ziel, ein Aktienkapital von 10 Millionen Mark zu beschaffen neben einem Zuwendungskonto von 30 Millionen Mark. Das will er erreichen, indem er jeden Aktionär verpflichtet, den dreifachen Nennwert seiner Aktien ohne Anspruch auf Gegenleistung der Gesellschaft (also doch wohl ohne Zinsen?) für deren gemeinnützige Zwecke zuzuwenden. Es sollen schon 6 Millionen Mark aufgebracht worden sein, und selbst ausmärtige Unternehmer, wie die Leunawerke und Gottfr. Lindner in Ammendorf, haben die Absicht, sich daran zu beteiligen. Die zu errichtenden Wohnungen sollen zwar keine Werkswohnungen sein, aber in erster Linie sollen Arbeiter und Angestellte der Aktionäre berücksichtigt werden.

Warten wir also dieses Jahr ab. Sollte die Henne-Industrie, die im eigenen Interesse es vorzüglich versteht, goldene Eier zu legen, diesmal wieder die Absicht haben, wie bei der Kredithilfe für das Reich, ein Windei an das Tageslicht zu bringen, so wird sie desto mehr in den kommenden Jahren zu rupfen sein. Wir würden angenehm enttäuscht sein, wenn die Stadt und die Industrie es fertig bringen, ihre Wohnungsbaupläne in diesem Jahre restlos zur Ausführung zu bringen.

Achtung! Bau- und Möbeltischler.

Der Schiedsspruch im Holzgewerbe.

Laut Schiedsspruch des Tarifamtes vom 27. Januar 1922 erfolgen ab 15. Februar auf alle bestehenden Löhne die nachstehenden Lohnzulagen, sodaß die Durchschnittslöhne untenstehende Höhe erreichen:

Lohnzulagen:		Durchschnittslöhne:
Facharbeiter:		
über 22 Jahre	1.25 M.	13.50 M.
von 20 bis 22 Jahren	1.10 M.	12.40 M.
von 18 bis 20 Jahren	0.90 M.	11.00 M.
von 16 bis 18 Jahren	0.70 M.	9.40 M.
Hilfsarbeiter:		
über 22 Jahre	1.05 M.	11.10 M.
von 20 bis 22 Jahren	0.95 M.	10.80 M.
von 18 bis 20 Jahren	0.75 M.	9.55 M.
von 16 bis 18 Jahren	0.60 M.	8.15 M.
Facharbeiterinnen:		
über 22 Jahre	0.90 M.	9.50 M.
von 20 bis 22 Jahren	0.75 M.	8.65 M.
von 18 bis 20 Jahren	0.65 M.	7.75 M.
von 16 bis 18 Jahren	0.50 M.	6.60 M.
Hilfsarbeiterinnen:		
über 22 Jahre	0.70 M.	7.45 M.
von 20 bis 22 Jahren	0.60 M.	6.80 M.
von 18 bis 20 Jahren	0.50 M.	6.05 M.
von 16 bis 18 Jahren	0.40 M.	5.25 M.

Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, darauf zu achten, daß die vertraglich festgesetzten Löhne auch in allen Betrieben bezahlt werden.

Deutscher Holzarbeiterverband.

4 Jahre Gefängnis für geraubte 18000 Mark.

Schwurgericht.

Als Haupttäter verdächtigt bei der Beraubung des Buchhalters Staufenbiel von der Wenzelschen Gutsverwaltung am 20. Novbr. 1920 in der Nähe von Stedten erscheint der Arbeiter Richard Perlich aus St. vor den Geschworenen. Seine beiden Kumpane sind schon vor längerer Zeit für ihre Teilnahme zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden, während die Verhandlung gegen ihn damals vertagt wurde, um ihn in der Zwischenzeit auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen. Der Tatbestand ist folgender: Am genannten Tage haben die drei Täter in der Frühe das Wenzelsche Geschirr angehalten und unter Bedrohung der Insassen sich die darauf befindliche Kassette mit 18200 Mark Lohngeldern angeeignet. Den vorgehaltenen Schußwaffen gegenüber waren die Ueberfallenen machtlos. Die Räuber verschwanden so schnell, wie sie gekommen, mit ihrer Beute im herrschenden dichten Nebel. Der Angeklagte Perlich behauptet, keine Waffe gehabt zu haben und überhaupt nur den wiederholten Forderungen seiner Genossen Folge geleistet zu haben. Die Beute sei für die im Orte sich aufhaltenden politischen Flüchtlinge — Teilnehmer der vogtländischen Hölzjade — bestimmt gewesen, und er will auch wirklich nichts davon erhalten haben. Schon einmal nach dem Kriege hat ihm das Urteil des Psychiaters Prof. Dr. Aschaffenburg den Freispruch von der Anklage des schweren Diebstahls, Bedrohung usf. erwirkt. Der jetzige Sachverständige hält im Gegensatz zu seinem Vorgänger den Angeklagten nicht für einen Epileptiker (Fallsüchtigen), sondern bezeichnet die periodischen, krampfartigen Anfälle als eine Art hysterische, auf allerdings neuropathischer Grundlage, was die Ausschließung der freien Willensbestimmung bei Begehung fraglicher Tat nicht annehmen lasse. (In einem Briefe an die „Rote Hilfe", hier, hatte sich P. über das erste Gutachten lustig gemacht und sich für normal ausgegeben.) Verlich wurde von R.A. Müller geschickt verteidigt. Die Beweisaufnahme hatte auch den Geschworenen klargemacht, daß sie es in P. mit einem minderwertigen Menschen zu tun hätten, dessen Leiden auf Stürze aus der Höhe (davon einer in der Kindheit) und Verschüttung im Kriege zurückzuführen sind, sofern diese Umfälle nicht etwa eine erbliche Belastung verschlimmert haben sollten. Sie bejahten zwar die Schuldfrage auf Raub, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte ihn daraufhin wegen schweren Raubes zu **4 Jahren Gefängnis** unter Anrechnung von 12 Monaten Untersuchungshaft und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Der Brotpreis in Halle gleichfalls 11,25 Mark.

Der Magistrat setzt jetzt laut Bekanntmachung denselben Brotpreis von 11 Mark 25 Pfennigen für ein 1800 Gramm-Brot fest, wie vor einiger Zeit schon der Kreisausschuß des Saalkreises für dieses Gebiet.

Hundertfacher Preis.

Das Pfund Kartoffeln drei Mark!

Am Sonnabend waren in der Berliner Zentralmarkthalle größere Posten Kartoffeln eingetroffen. Der Zentner wurde mit 225 M. angeboten. Die meisten Kleinhändler lehnten ab; sie erklärten, bei solchem Großhandelspreis das Pfund nicht unter 2,75 bis 3 M. verkaufen zu können, und fürchteten, die schwer haltbare Ware nicht loszuwerden. Kaufende Händler hatten Kundschaft an der Hand, die auch für Kartoffeln jeden geforderten Preis zahlt. Noch kein Jahr ist es her, daß zahlreiche Landwirtschaftsverbände erklärten, sie würden den Zentner mit 25 bis 40 Mark abgeben, wenn sie die Gewißheit hätten, daß die Kartoffeln unmittelbar in die Verbraucherhände gelangen. Tatsächlich sind auf diesem Wege große Mengen Kartoffeln geliefert worden, aber fast ausschließlich an glückliche Bevorzugte. Die Massen hatten nichts davon. Eine solche Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt, man denke an die Brotpreiserhöhung, kann weiter nichts als erbitterte Lohnkämpfe herausfordern.

Künstlerfest 1922.

Die Vorbereitungen zu dem am 21. Februar in den Räumen der Dreidegenloge stattfindenden Künstlerfest, das die Solomitglieder des Stadttheaters zu Gunsten der Wohlfahrtskassen und speziell des Altersheims der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen veranstalten, sind beinahe vollendet. Sämtliche Nummern der Festfolge, und es sind ihrer viele, versprechen einen interessanten Verlauf zu nehmen. Aus der Fülle des Programms sei heute die Konzertfolge bekannt gegeben. Pfitzners Ouverture zu Kleists „Kätchen von Heilbronn". Hermann Zilchers neuestes Werk „Aus dem Hohelied Solomonis, Variationen für Alt und Bariton, Streichquartett und Klavier, Joh. Brahms „Liebeslieder-Walzer" für vier Singstimmen und Klavier vierhändig. Eine Uraufführung „Trennung — Erinnerung", sinfonische Dichtung für Orchester von C. Herforth, Liebesduett aus „Feuersnot" von R. Strauß und die Schlußfuge aus Verdis „Falstaff" für zehn Solostimmen und Orchester. Alle Ausführenden sind mit vollem Eifer bemüht, das Konzert zu einem künstlerischen zu gestalten und es ist zu erwarten, daß schon das Konzert-Programm einen besonderen Anreiz zum Besuche des Künstlerfestes bieten wird. Gilt es doch, die Invaliden des Bühnen-Berufes vor äußerster Not zu schützen. — Die Tombola ist ingwischen durch hochherzige Spenden hiesiger und auswärtiger Firmen derart reich gestaltet, daß jetzt bereits 700 Gewinne garantiert sind. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht daß Vorverkaufskarten zum Preise von 40 Mark nur an der Stadttheaterkasse sowie in den Musikalienhandlungen Hothan, Koch und Manthey zu haben sind.

„Der eingebildete Kranke" betitelt sich das Lustspiel von Molière, das der Arbeiterbildungsausschuß am Freitag, den 24. Februar, im Stadttheater aufführen läßt. Anschließend wird noch der Einakter „Ein Heiratsantrag" von Tschechow gegeben. Karten zu dieser Vorstellung à 11 M. und 8 M. (Saal, hintere Reihen) sind schon jetzt im Arbeitersekretariat, Hatz 42/44, Zimmer 5/7, zu haben. — Die Karten für die Opernaufführungen „Undine" am 16. und 20. Februar sind bis auf einige Oberrangplätze à 3 M., die noch zu haben sind, vergriffen.

Unabhängige Grundsätze in Halle und in Eisleben. Sie sehen so aus. In Halle stimmen sie gegen die Erhebung eines gemeindlichen Zuschlages zur Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer), in Eisleben dafür. Anfrage: Welche Grundsätze gelten in Halle und welche in Eisleben?

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Donnerstag, 16. Februar, abends 8½ Uhr, Geolog.-Institut, Domstr. 5: Vortrag des Herrn Dr. Schander: „Erdgeschichtliche Umwälzungen" (mit Lichtbildern).

Akademische Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendbewegung. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die 2. Versammlung der Akademischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendbewegung, Montag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, in der „Zulpe" stattfindet. Fortsetzung der Besprechung über die sexuelle Erziehung. 2. Merkblatt von Hempreich: Wie sage ich es meinem Kinde?

Kant-Gesellschaft, Ortsgruppe Halle. Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr, Aula IX. Vortrag von Herrn Prof. Dr. Lüttgert-Halle: Der Ausgang des deutschen Idealismus in Mystik.

Von der Feuerwehr. Gestern vormittag wurde die Feuerwehr nach Scharrenstraße 9 zum Löschen eines Balkenbrandes und nachmittags nach Gr. Brauhausstraße 28 zum Löschen eines Lagerraumbrandes gerufen. Sie konnte in beiden Fällen nach 1½stündiger Tätigkeit wieder abrücken. Im letzteren Falle erlitt ein Arbeiter leichte Brandwunden, die seine Ueberführung in die Klinik erforderten.

Oberst Chabert. Die ungemein starke Wirkung der Erstaufführung von H. W. von Waltershausens Musiktragödie hat den glücklichen Wurf der Stoffwahl erneut bestätigt. Das Werk, das Schicksal und Liebestragödie des aus dem Massengrab bei Preußisch-Eylau entronnenen napoleonischen Obersten mit allen Mitteln der modernen Instrumentation packend versinnlicht, kommt am Mittwoch, 7½ Uhr abends, im Stadttheater zur Wiederholung.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, wird die Musiktragödie „Oberst Chabert" von Waltershausen zum ersten Male wiederholt. Donnerstag nichtöffentliche Vorstellung. Freitag gelangt unter der Spielleitung von Adolf Schiele das Lustspiel „Liebe und Trompetenblasen" von Hans Sturm und Hans Bachwitz zur Erstaufführung. Beschäftigt sind: Trude Horn, Paula Theiter, Lotte Gottgetreu, Helene Hohenfels, Adolf Schiele, Ludwig Hartwig, Heinz Rohleder, Walter Henneberg, Otto Liebsmann, Gustav Schneider. Sonnabend geht Verdis Oper „La Traviata" in Szene. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Schwanenweiß", Märchenspiel von August Strindberg, Sonntag abend „Mignon".

Freie Volksbühne Halle. (Thalia-Theater.) „Was ihr wollt." Spieltage: E: Donnerstag, den 16., F: Montag, den 20., G: Mittwoch, den 22. H: Donnerstag, den 23., J: Sonnabend, den 25., K: Montag, den 27. Februar 1922.

Ammendorf. Generalversammlung der S. P. D. Am Montag, den 13. 2. 22 hielt der Ortsverein Ammendorf seine Jahreshauptversammlung ab. Anwesend war auch der Parteisekretär Gen. Petersdorff. Genosse Schröder gab seinen Kassenbericht, aus dem man entnehmen konnte, daß die Kassengeschäfte in guten Händen liegen. Dem Genossen wurde Entlastung erteilt. Darauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Genosse Habermann bat infolge Ueberlastung von seiner Person abzusehen. Es wurde der Gesamtvorstand wie folgt gewählt: Genosse Reinhardt 1. Vorsitzender, Genosse Emil Müller 2. Vorsitzender, Gen. Kind jun. Schriftführer, Gen. Schröter Kassierer. Als Unterkassierer Gen. Kind sen. und Gen. Persing. Für den Ortsteil Ammendorf-Radewell und Osendorf bleibt Gen. Müller. Gen. Petersdorff gab in großen Zügen den Agitationsplan des Saalkreises bekannt und bat, eine Agitationskommission zu wählen, welche die Arbeiten für die zu Ammendorf gehörigen Orte unternimmt. Es wurden dazu folgende Genossen gewählt: Gen. Schröter, Seidler, Brock, Knaut, Hut und Kind sen. Im Verschiedenen bat Gen. Kiesel in längeren Ausführungen um Aufklärung über den Eisenbahnerstreik. Gen. Petersdorff hielt darauf einen kurzen Vortrag darüber und besprach das Für und Wider in anerkennenswerter, sachlicher Weise.

Nietleben. Die Gemeinde braucht Geld. Abgeholzt ist nun unsere schöne schattige Straße nach Halle, den Kriegsnöten zum Opfer gefallen. Nietleben braucht Geld. So ging man dazu über, die Pappeln zu fällen. Viel länger durften ja sich lieb'sich die Bäume nicht stehen, wenn sie noch gut als Nutzholz verwertet werden sollten. Sonst aber hätten sie noch ihren Schatten spenden können. Die Straße mitsamt den Bäumen wurde seiner Zeit auch nach Kriegsnöten durch Napoleon angelegt. Wieder die Kriegsnot bringt jetzt die Bäume zur Strecke.

Provinz und Umgebung.

Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier?

Wenn nicht noch in letzter Stunde über die strittigen Fragen eine Verständigung erzielt wird, dürfte bereits im Laufe der nächsten Woche ein Kampf entbrennen, der sich schließlich auch auf anderen Kohlenrevieren auswirken wird. Die Arbeiter sind fest entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen. Da die Arbeitgeber im Bergbau wegen Ausschluß der Unorganisierten von einem Teil der tariflichen Vereinbarungen auf dem Standpunkt beharren, daß sich diese Forderung der Arbeitnehmer gegen die Verfassung richtet, kann nur das letzte wirtschaftliche Kampfmittel eine Entscheidung bringen.

Das entgültig ausgeschaltete Bürgertum in Eisleben.

Das sozialistische Stadtparlament tagte vorgestern zum zweiten Male. Diese Tagung war um so bedeutungsvoller, als während derselben auch das Verzichten der bürgerlichen Listennachfolger zum Ausdruck kam. Bisher bestand noch die Möglichkeit für deren event. Einrücken. Sie wollen nicht und berufen sich dabei auf ein umsichtiges Solidaritätsgefühl und andererseits auf Gründe der Selbstachtung, die sie glauben gegenüber den Vorgängern in der damaligen öffentlichen Versammlung im Volkshause sich selbst schuldig zu sein. Auf diese Vollversammlung hatten die ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten mit einer Erklärung geantwortet, die einer Dreckschleuder nicht ganz unähnlich sah. Die sozialistischen Stadtverordneten antworten darauf mit einer weiter unten abgedruckten Erklärung. Es muß in dieser Stelle anerkannt werden, daß die Sitzungen des Parlaments einer bestimmten Sicherheit nicht entbehren, die zweifellos mit dadurch erreicht wird, indem der Stadtv.-Vorsteher Christange (USP.) eine bestimmte erfrischende Routine entwickelt. Wir berichteten bereits gestern kurz über den Extrakt der Sitzung. Die Versammlung gibt sich einen neuen Paragraphen in der Geschäftsordnung, wonach nicht mehr die Hälfte, sondern mehr als ein Drittel der Stadtverordneten Beschlüsse fassen kann. Eine wesentliche Erleichterung. Es folgte nun die Beschlußfassung über Niederlegung und Nichtannahme von Gemeindeämtern, wie wir bereits eingangs des Berichtes andeuteten. Der Vorsteher gab die Anschriften bekannt und fügte die notwendigen Kommentare bei.

Stadtv. Strauß (SPD.) kam zunächst auf die Artikel im „Tageblatt" zu sprechen, die sich gegen die Stratmerhängung wandten und bezeichnete sie als einen „verkappten" Schrei nach Amnestie". Die Absicht, allen die „Strafe" zu erlassen, sei geschieht an der ziemlich rücksichtslosen Erklärung der ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten. Die Bezeichnung „bürgerliches Gesindel", in der Versammlung im Volkshaus gefallen, sei deplaziert; diese Beleidigung werde aber aufgehoben durch die Veröffentlichung der Bürgerlichen, die nicht im Pensionatstone gehalten sei. Widersprüche machten sich darin ebenfalls geltend. Redner zerpflückt die Unwürfe und stellt dann den Antrag auf folgende Beitrafungen: Von der Ausübung der Bürgerrechte die Herren Mees und Fischer 6 Jahre auszuschließen und die Herren Crone, Radecke und Thiele 3 Jahre, diese drei jedoch mit dem Strafzusatz der Viertelserhöhung der städtischen Grund-, Gebäude- und Gemeindesteuern. Bezüglich der Listennachfolger könne Straßfreiheit den Herren Eichler, Kratz, Pfister und Rühlemann zugebilligt werden, während die Herren Günther und Schneider ebenfalls für drei Jahre von der Bekleidung jedes städtischen Ehrenamtes auszuschließen und gleichfalls mit erwähnter Steuerstrafe zu belegen seien.

Auf seine Bitte wird dann vom Schriftführer folgende

Erklärung

verlesen:

„In einer am Sonnabend, den 4. Februar, veröffentlichten Erklärung der ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten wird der Versuch unternommen, die erfolgte Mandatsniederlegung zu rechtfertigen. Schon dieser Versuch deutet auf eine im bürgerlichen Lager durch die in vielen Kreisen als vorzeitig bezeichnete Handlung geschaffene Unsicherheit hin. Das nach dem ersten Elan schwankend gewordene Gefühl soll durch diese Erklärung in den eigenen Reihen und auch gegenüber der Oeffentlichkeit gefestigt werden. Diese Flucht in die Oeffentlichkeit ist in dem Urteil objektiv denkender Menschen keine Erklärung, sondern weiter nichts als eine kollektive

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0005

Mohrenwäsche, die gewöhnlich in allen Situationen immer dann einsetzt, wenn der vermeintlich sichere Boden schwankend geworden ist. Diese Auffassung wird bestätigt durch die in dieser angeblichen Erklärung enthaltenen Schmähungen auf alles das, was unter dem Begriff Sozialdemokratie zu verstehen ist. Es ist eine Lächerlichkeit, zu behaupten, die Veröffentlichung der ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten habe im sozialistischen Lager wie eine Bombe eingeschlagen; genau so lächerlich, wie die Behauptung, die Sozialisten müßten Tatsachen umbiegen, um sie im eigenen Interesse verwenden zu können. Die Berufung auf die angebliche Zurückziehung der Sanitätskolonne ist so durchsichtig, und bei dem Hinweis auf die Belastung des Handwerkerstandes durch zu hohe Schulbeiträge verschweigen die Bürgerlichen geflissentlich, daß erstens die Allgemeinheit rund 100 000 Mark mit aufbringt und zweitens der Handwerkerstand durch einen mit allgemeinem Wissen durchdrungenen Nachwuchs sich zu Achtung gebietender Höhe entwickeln kann. Der Hinweis auf die Ergebnisse der Preußenwahl ist weiter nichts als eine große Täuschung der Bürgerschaft, denn die nachfolgende Kreistagswahl im Seekreise, bei der die extremen Kreise des Bürgertums Hoffnungen mit aller Bestimmtheit hegten, hat gerade in unserer engeren Heimat das Gegenteil bewiesen.

Die frischen unwahren Behauptungen gegenüber dem Stadtverordneten Hendrich,

die Bemerkung, die sozialistische Wirtschaft schleudere das Geld mit vollen Händen aus, sie dränge sich nach der Futtertrippe, sind um so schwerwiegender und beleidigender, weil diese Niederschriften aus den Kreisen der sogenannten Intellektuellen kommen, die da wissen mußten, daß derartige Niederträchtigkeiten auch mit Beweisen belegt werden muß. Die Herausschleuderung einer solchen Veröffentlichung bedeutet weiter nichts als die unehrliche Herunterreißung eines erheblichen Teiles der Einwohnerschaft, um an diesem damit angefachten Feuer seine trübe Suppe kochen zu können. Das letzte Manöver, die Stadtverordneten indirekt mit dem Märzputsch in Verbindung zu bringen, ist so perfide, daß es sich selbst aburteilt. Die bürgerlichen Kreise wissen, daß der weitaus überwiegende Teil der Arbeiterschaft solche Methoden,

solche blindwütigen Zerstörungen

nur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht weit von sich weist; die Bürgerlichen wissen aber auch ganz genau, daß ganz andere gewichtige bürgerliche Persönlichkeiten, die sich außerhalb der Reihen der ehemaligen bürgerlichen Stadtverordneten befinden, und diese an Geistesriesen weit überragen, über die historischen Ursachen solcher Unerquicklichkeiten ganz anders denken. Historische Ursachen, die leider im Menschlichen tief verankert liegen. Die Sozialisten leben den kommenden Dingen mit Ruhe und Zuversicht entgegen und werden alles daran setzen, ihre Haltung auf Grund des von ihnen vertretenen Kulturideals so einzustellen wie bisher. Alles andere überlassen die sozialistischen Stadtverordneten dem Urteil der Einwohnerschaft, von der sie annehmen, daß sich diese ein solches unbeeinflußt bilden wird."

Stadtv. Hendrich (SPD.) verwahrte sich gegen die entstellende Berichterstattung der „Zeitung" über die Volkshaus-Versammlung hinsichtlich seiner Ausführungen. (Eine schon öfters beobachtete Methode. D. B.) Das Kollegium nahm die Anträge auf Bestrafung sowie auch den Wortlaut der schon genannten Erklärung, die auch der Presse zugänglich gemacht werden soll, an. Es folgten nunmehr die entscheidenden Wahlen, indem die Versammlung die Vorschläge der vorigen Sitzung mit einigen geringen Abänderungen sanktionierte.

Die Fortsetzung des Berichtes folgt in unserer morgen erscheinenden Nummer.

Eisleben. Franzosenbrot-Diete! Ein noch nicht alter, somit noch hoffnungsvoller, intelligenter Mensch, der in dem deutschnationalen Lager den Posten eines Parteisekretärs bekleidet, schreibt in der hiesigen bürgerlichen Presse Artikel über den „armen" Kronprinzen, macht hin und wieder aus dem Tode der einstigen Kaiserin politische Geschäftsartikel, die von Pietät triefen, arbeitet dem „Volkskaisertum" vor und schimpft neuerdings auf das teure Franzosenbrot. Durch den Entzug der Reichszuschüsse müßten wir (nach Diete) das teure Brotgeld an die Franzosen zahlen. Darüber liebe sich mit Herrn Diete vielerlei reden. Ganz selbstverständlich macht der Militarismus hüben wie drüben in einer Farbe. Es wäre aber Herrn Diete, wenn er positiv an der Linderung der Nöte des Volkes mitbelfen will, zu empfehlen: 1. Seine Parteifreunde, die Landwirte, möchten sich zur Vernunft besinnen und nicht in blödsinnigen Pressen machen. Sollen wir Herrn Diete verraten, was sich die Landwirte für den ungeheuren Reichtum kaufen? 2. Der Verwaltung des Mansfelder Knappschaftsvereins möge er zur Besinnung helfen. 3. Seinen Mut im belebten Gebiet und nicht vom sicheren Port zu entfalten. Das dürfte ihm vorläufig als Arbeitsvenium genügen.

Eisleben. Der eifrige Knappschaftsverein. Wir berichteten vor einigen Tagen in einem Artikel über den „Segen" des Mansfelder Knappschaftsvereins. Vor kurzem hielten die Knappschaftsinvaliden in der „Kugel" eine Versammlung ab, die sich mit dem neuen Reichsgesetz über Beihilfen an Sozialrentner beschäftigte. Angesichts des kommenden Gesetzes setzte der Knappschaftsverein die Zahlung der Renten herab, unbekümmert darum, ob das Geld vom Reiche da ist oder nicht. Es wurde nun von den Anwesenden sehr verurteilt, daß die Beihilfe schon am 1. Februar entzogen sei. Der Knappschaft müßte es doch bekannt sein, daß wir noch längere Zeit warten müssen, ehe wir von der Reichsregierung etwas bekommen können. Wovon sollen wir leben? So jetzt sich also die Verwaltung des Knappschaftsvereins mit souveränem Schwung über die Nöte der Invaliden hinweg. Dafür baut sie dem neuen Arzt ihres Krankenhauses eine Millionen-Villa. Auch eine soziale Tat! Darüber spricht Herr Franzosenbrot-Diete nicht!

— Freidenkerbewegung. Vor einigen Tagen berichteten wir bereits kurz über die Gründung einer Freidenkergruppe in unserer Stadt. Der dort gewählte Vorstand hat nun die Vorbereitungen soweit getroffen, daß am Sonntag, den 12. Februar, im Volkshaus die erste Mitgliederversammlung stattfand. Es ist notwendigste Pflicht aller, die mit den Lehren der Kirche gebrochen haben, dies auch äußerlich durch Anschluß an die Freidenkergruppe zu tun.

Teutschenthal. Verbrannt. Durch eine Stichflamme lebensgefährlich verbrannt wurde auf dem Kalkwerk der Bergmann Franz Köhler aus Oberteutschenthal.

Helbra. Verloren gegangenes Zeitungspaket. Am Mittwoch, den 8. Februar, ist unsere für die hiesigen Leser eingetroffene „Volksstimme" verloren gegangen. Leider ist eine Nachlieferung dieser Nummer auch vom Verlag nicht mehr möglich und bitten wir die Leser, falls sich das Paket nicht wiederfinden läßt, den Verlust zu entschuldigen. Wer den Roman vom genannten Tage nachholen will, wird ersucht, sich leihweise eine Nummer von der Zeitungsträgerin, Frau Emma Krug, geben zu lassen.

Wallhausen. Im Kampf gegen die Wohnungsnot! Anläßlich einer Zwangsmietung kam es hier zu einem unangenehmen Zwischenfall. Als die Zwangswohnung bezogen werden sollte, hatte der Hausbesitzer die Türen verschlossen. Nachdem nun mit Hilfe eines Schlossers geöffnet worden war und die Beamten die Wohnung räumten und freimachten, schloß der Hauswirt wieder ab, sodaß abwechselnd der Schlosser öffnete, der Hausbesitzer abschloß. Infolgedessen sahen sich die Beamten gezwungen, den Besitzer in Gewahrsam zu nehmen und nach dem Rathaus zu bringen. Als die Einmietung geschehen und nun keine Störung seitens des Hausinhabers zu befürchten war, wurde dieser wieder auf freien Fuß gesetzt.

Roßla. Verschiedenes. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des Zweckverbandsausschusses und der Gemeindevertretung wurde über die gegenwärtige Feuerungsnot verhandelt. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, mit den Besitzern von Lastkraftwagen in Verbindung zu treten wegen Beschaffung von Briketts auf dem Landwege; im andern Falle wegen Zuweisung von Brennholz zu einem annehmbaren Preise bei der Fürstlichen Forstverwaltung vorstellig zu werden.

— Diebstahl. Am Montag abend gegen 7 Uhr wurde aus dem Hausflur des Gasthauses zur Sonne eine Kiste Weinbrand im Werte von 1500 Mark gestohlen. Durch einen glücklichen Zufall gelang es dem Landsäger Glitte, bald die Kiste in der Wohnung einer hiesigen Witwe zu ermitteln. Ein fremder Fleischer aus Kattowitz und der Schwiegersohn wurden alsbald des Diebstahls überführt. Der erstere gestand auch, aus einer Gastwirtschaft in Bennungen am Nachmittag einen Karton mit Zigaretten entwendet zu haben.

Die Vielzuvielen an der Arbeit.

Kappfreunde gehen gegen streikende Eisenbahner vor.

Gegen eine ganze Reihe Eisenbahnbeamter, bei denen vermutet wird, daß sie sich irgend wie am Streik beteiligt haben, wird auf folgende Weise vorgegangen:

Bahnhof. Dienststelle. Falkenberg, den 13. Februar 1922.

An den . . . . . .
(Dienstbezeichnung)
Herrn . . . . . .
(Name)

Falkenberg.

Sie werden beschuldigt, während der Streiktage der in Falkenberg errichteten Bezirksstreikleitung für den Direktionsbezirk Halle (Saale) angehört zu haben.

Zum Zwecke Ihrer von der Eisenbahndirektion angeordneten Vernehmung werden Sie aufgefordert, sich am Dienstag, den 14. Februar 1922, nachmittags 2½ Uhr, bei der Station (Dienststelle), einzufinden. Sollten Sie der Aufforderung keine Folge leisten, so wird die weitere Verfolgung der Angelegenheit ohne Ihre Aussage erfolgen.

gez. Wassermann.

Den Empfängern dieses Schreibens gleich wie, ob sie irgendwo mit der Führung des Streikes etwas zu tun hatten oder nicht, wurde das Schreiben mit Zustellungsurkunde zugestellt. Dasselbe hatte folgenden Wortlaut: Das Schreiben der Eisenbahndirektion 4. b. P. 3. vom 13. Februar 1922 an . . . . . (Dienststelle) . . . . . in Falkenberg gerichtet, habe ich heute hier auf Anordnung der genannten Dienststelle dem Adressaten selbst übergeben.

Falkenberg, den 13. Februar 1922.
gez.: Spitzhof, Oberbahnhofsvorsteher.

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der Unterschrift bescheinigt.

Falkenberg, den 13. Februar 1922.
gez.: Spitzhof, Oberbahnhofsvorsteher.

Eine ganze Reihe derartiger Vorladungen sind aufs „geradewohl" den Beschuldigten ausgehändigt worden. Die Vernehmungen haben schon begonnen. Wir fragen hiermit: „Was soll das Treiben?" Glaubt man damit die berechtigten Erregungen der Eisenbahner niederzuknüppeln? Oder glaubt man, daß Eisenbahner ihre Führer verleumden, um somit Material gegen diese zu schaffen? Wir warnen die Verwaltung, hier nicht mit dem Feuer zu spielen. Es könnte unübersehbare Folgen haben. Das liegt nicht im Interesse der Verwaltung und unseres Volkes, wohl aber im Interesse der ehemaligen Kapprebellen, welche die streikenden Eisenbahner jetzt vernehmen. Längst kannen diese Männer auf Rache; doch im Dienst konnte man den Führern der Bewegung nichts nachjagen. Nun glaubt man, daß für verschiedene Leute der Zeitpunkt gekommen ist, und die Kapprebellen wollen sich nun ihr Mütchen kühlen. Es macht für einen freiheitlich gesinnten und durch und durch republikanisch denkenden Eisenbahnbeamten einen niederschmetternden Eindruck, wenn er sich jetzt von Leuten vernehmen lassen muß, die lieber heute wie morgen der republikanischen Regierung ihren Dienst verweigern. Ja, die seit Bestehen der Republik gewissermaßen immer im Streik gegen die Republik gestanden haben. Hier ist es Aufgabe unserer Partei, Aufgabe unserer Genossen im Reichstag und der Regierung, Einhalt zu gebieten. Nach den Versprechungen des Reichskanzlers sollen keine Maßendisziplinierungen und Massenentlassungen stattfinden. Was hat dann obenstehendes Schreiben der Verwaltung für einen Zweck? Die Verwaltung weiß ganz genau, daß die Empfänger dieser Schreiben keine führende Rolle irgendwie gespielt haben. Für Rachepolitik ist aber unsere Zeit zu ernst. Warum griff die Verwaltung nach den Kappiagen nicht so forsch zu? Damals wäre es notwendig gewesen, jetzt haben Beamte im wirtschaftlichen Kampf gestanden; damals aber wollten die Kappisten der Republik die Regierung stürzen. Wir haben in der „Volksstimme" schon öfters gezeigt, wo angefaßt werden soll, wenn sich die Bahnen rentieren sollen. Die Vielzuvielen beweisen jetzt wieder einmal, daß sie überflüssig sind. Nun aber sollte endlich durchgegriffen werden!

Falkenberg. Beamtentagung. Zu Sonnabend, vormittags 11 Uhr, hatte die Arbeitsgemeinschaft der Ortskartelle des deutschen Beamtenbundes des östlichen Teiles des Regierungsbezirkes Merseburg zu einer Vertreterversammlung eingeladen. Die Sitzung wurde von Postsekretär Weller-Jessen eröffnet, da der erste Geschäftsführer, Lehrer Jäger-Annaburg, durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Den Bericht von der Vorstandssitzung des Provinzialkartells in Magdeburg gab im Auftrage des Geschäftsführers Lehrer Schlüter-Annaburg. Es ist dort beschlossen worden, erst für die Orte, die in den Ortskassen E und D verblieben sind, einzutreten. Gegen den Abgeordneten Delius fielen scharfe Worte, da er einen Privatbrief des Lehrers Weber-Lauchhammer anderen Beamten gegenüber ausgespielt hat. — Hierauf wurden die Satzungen beraten und der Vorstand endgültig gewählt. Zum 2. Geschäftsführer wurde Gen. Kanter-Falkenberg gewählt. Es wurde überhaupt Bedacht darauf genommen, daß auch Beamten der unteren Gehaltsgruppen im Vorstand vertreten sind. — Gegen die Durchbrechung der Gehaltsordnung durch die Ministerialzulagen fielen scharfe Worte. Ebenso verurteilt wurden die von der Regierung ausgesetzten Belohnungen für die Streikbrecher im Eisenbahnstreik. Für solche Zwecke ist Geld vorhanden. Wenn aber die Beamten mit ihren gerechten Forderungen kommen, wird regelmäßig auf die schlechten Finanzen des Reiches hingewiesen. — Wenn es aber Beamte selbst fertig bringen, mit einem Halzenkreuz in die Versammlung zu kommen, so ist diesen Kollegen wahrhaftig nicht zu helfen. Man weiß nicht, ob man darüber lachen oder weinen soll, wenn von einem Beamten darüber geklagt wird, daß die Beamten durch den Steuerabzug am stärksten zur Einkommensteuer herangezogen würden, während es die Landwirte verstanden, sich den Steuern nach Möglichkeit zu entziehen, und wenn dann derselbe Beamte die politische Partei unterstützt, welche nur die Interessen der Landwirtschaft vertritt. Ehe die Mehrzahl der Beamtenschaft in dieser Hinsicht nicht gründlich umlernt, wird für sie etwas Ersprießliches nicht geschaffen werden können.

Falkenberg. Arbeitslose in Falkenberg. Falkenberg hatte unter der Arbeitslosigkeit noch nie zu leiden. Die Gemeinde beschäftigte die Arbeitslosen und ließ Notstandsarbeiten verrichten. Wie wir hören, sollen jetzt bei der Firma Erler einige Zimmerleute arbeitslos sein und zwar sollen die Falkenberger entlassen worden sein; dagegen die Fremden weiter beschäftigt werden. Das gerade Zimmerleute arbeitslos sind, können wir nicht verstehen. Das Sechsfamilienhaus der Gemeinde könnte schon lange fertig sein, ebenso die Schule in Cölsa, aber die Arbeiten sollen anscheinend immer noch hinausgeschoben werden, um den Unternehmerprofit noch zu steigern. Für die Zimmerleute ist nach unserer Information genug vorhanden. In dem Sechsfamilienhaus, wie in der Schule zu Cölsa fehlt noch die Dielung und der ganze Bodenverschlag. Hier wäre es Aufgabe der beiden Gemeinden, einmal mit einem sanften Druck auf die obengenannte Firma zu wirken, damit diese die Arbeiten endlich fertigstellt und die Zimmerleute zu diesen Arbeiten wieder einstellt. Bei künftigen Arbeiten werden die Gemeinden, besonders Falkenberg, noch mehr wie bisher darauf zu achten haben, daß derartige Entlassungen nicht vorkommen können. So lange noch Arbeiten auszuführen sind, müssen die Arbeiter beschäftigt werden. Der Firma Erler empfehlen wir, sich einmal die Arbeiten, die alle noch ausgeführt werden müssen, zu prüfen, und die Arbeiter, die angeblich wegen Arbeitsmangel, der aber gar nicht vorhanden ist, wieder einzustellen.

— Weitere Holzverlosung. Die Einwohner, welche bei der letzten Holzverlosung kein Holz bekommen haben, sich aber im Gemeindeamt angemeldet haben, werden in nächster Zeit durch die Gemeindediener bestellt werden. Sie brauchen sich daher nicht wieder neu anzumelden, sondern, falls sie zur nächsten Verlosung mit an der Reihe sind, erhalten sie durch die Gemeindediener Nachricht. Es dürften in diesem Jahre alle Interessenten Holz bekommen.

— Geflügel-, Kaninchen- und Produktenausstellung. Die vom 11. bis 13. Februar 1922 im „Goldnen Anker" hier veranstaltete Ausstellung der Kleintierzuchtvereine Falkenberg-Schmerkendorf war außerordentlich stark besucht. Zeitweise war der Saal vollständig überfüllt. Für Geflügel wurden 21 Ehrenpreise ausgegeben, 18 zweite Preise und 10 dritte Preise. Kaninchen 6 Siegerpreise, 38 Ehrenpreise, 8 erste Preise, 18 zweite Preise, 13 dritte Preise und 1 Trostpreis. Der Kleintierzuchtverein Falkenberg hatte zum Gelingen der Ausstellung sich große Mühe gemacht. Diese Arbeit war nicht umsonst. Von nah und fern waren Besucher erschienen. Auch die Schulen von Falkenberg und Umgegend kamen zur Ausstellung gezogen, sodaß immer ein Gehen und Kommen vorhanden war. Wie wir hören, beabsichtigt der Falkenberger Kleintierzuchtverein im nächsten Jahre eine Kreisschau abzuhalten.

Bodwig. Es geht voran! Ein altes Sprichwort sagt: „Was lange währt, wird gut." So geht es auch hier mit unserer Parteibewegung. Nachdem man sich einigermaßen von den Ereignissen des vergangenen Jahres erholt hat, kommt auch wieder neues Leben in unsere Bewegung hinein. Leider müssen wir auch hier wie so überall sehen, daß es noch eine ganze Reihe von Arbeitskollegen gibt, welche nicht den Mut haben, sich wieder ihrer alten Partei anzuschließen und auch die Parteipresse zu lesen. Sie stehen abseits und geben nur Obacht, wie sie ihren persönlichen Vorteil ermitteln können. Diesen müssen wir zurufen, daß wir vereint nur etwas erreichen können. Wir sollen nicht nur immer von der Einheitsfront reden, sondern wir müssen sie herstellen, indem sich alles wieder zusammenfindet in der alten großen Partei. Darum aufgewacht, ihr Lauen, ihr, die ihr abseits steht, schließt euch an an die alte Partei der S. P. D., welche wirklich die Partei der Massen ist. Werft einen Blick auch in andere Bezirke, wo man längst erkannt hat, was ist. Werdet Abonnenten der Volksstimme und sorgt dafür, daß sie auch euer Nachbar liest. Laßt euch nicht einlullen von dem Blatchen, was sich Volkszeitung nennt und euch noch eine Versicherung verspricht alles für 5 Mark. Wer denken kann, der weiß, daß man für dieses Geld keine Zeitung herstellen kann. Darum stärkt die Reihen, hinein in die Organisation. Unsere Frauengruppen kommen jeden Donnerstag zusammen, um sich über den Sozialismus aufzuklären. Auch unsere Jugendbewegung hat nun Fuß gefaßt. Am Mittwoch abend 8 Uhr kommt sie zusammen bei Waldau. Auch die Alten sind mit geladen, damit sie auch sehen, was unsere Jugend will. An alle, welche mitarbeiten wollen an der Zukunft, ergeht die Aufforderung, schickt eure Kinder in die Arbeiterjugend, kommt selbst am Mittwoch abend mit und überzeugt euch, wie wir unsere Jugend heranziehen wollen.

Voraussichtliches Wetter. Donnerstag: Zeitweise nebliges, sonst trockenes Frostwetter. Im Osten und Südosten strenger Frost. — Freitag: Trockenes, teils heiteres, teils nebliges Frostwetter. Im Osten und Südosten strenger Frost, der sich westwärts ausbreitet.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Zur gefl. Beachtung. Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Hauptkollekte H. Christian Andersen, Zoppot-Danzig, der Geld-Lotterie bei.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Kohlen Zeit u. Geld
sparen Sie durch Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil". Ohne Chlor oder schädliche Desinfektalle!
Wäscht und bleicht gleichzeitig bei nur einmaligem kurzen Kochen.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.
Persil das selbsttätige Waschmittel!
Preis das Paket 7,— Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220215-17/fragment/page=0006